



Palästina Tag 2025 in Hannover
Dokumentation
Zukunft für
Israel / Palästina



Solidaritätsnetz Deutschland

Kairos Palästinatag 2025

Herausgeber: Kairos Palästina Solidaritätsnetz Deutschland

V.i.S.d.P. Ernst-Ludwig Vatter, Im Lutzen 5, 73773 Aichwald

0711-7657996, welvatter@arcor.de

Inhalt

Pfarrer Dr. Munther Isaac Biblische Besinnung: Jesaja 58, 1- 12	1
Tamar Amar-Dahl: <i>Der Siegeszug des Neozionismus und der 7. Oktober 2023:</i> <i>Hat ein Palästinenserstaat nach dem Gaza-Krieg noch eine</i> <i>Chance?</i>	11
Prof. Jeff Halper <i>Wie geht es weiter in Palästina?</i>	20
Prof. Dr. Ulrich Duchrow: <i>Die Verantwortung der Kirche</i>	26
Prof. Dr. Ninon Colneric: <i>Die Verantwortung Deutschlands</i>	45
Ein globaler Aufruf 2025 <i>zur Bekräftigung und Wahrung der Rechte der</i> <i>Palästinenser und der Herrschaft des Völkerrechts</i>	59

Lasst die Unterdrückten frei! Jesaja 58

Pfarrer Dr. Munther Isaac, Bethlehem

**⁶ Ist das nicht das Fasten, das ich erwählt habe:
die Fesseln des Unrechts zu lösen,
die Stricke des Jochs zu zerreißen,
die Unterdrückten frei zu lassen
und jedes Joch zu zerbrechen?**

**⁷ Ist es nicht, dein Brot mit den Hungrigen zu teilen
und die Obdachlosen in dein Haus aufzunehmen;
wenn du einen Nackten siehst, ihn zu bedecken
und dich nicht vor deinem eigenen Fleisch zu
verstecken?**

Schwestern und Brüder.

wir versammeln uns hier im Schatten eines großen religiösen Festes – des „Kirchentags“. Tausende kommen aus ganz Deutschland zu diesem großen religiösen Ereignis. Ich bin sicher, dass die meisten mit guten Absichten kommen. Sie wollen ihren christlichen Glauben feiern, lernen und leben.

Die heutige Lesung aus Jesaja 58 lehrt uns viel über „Religiosität“. Der Text spricht insbesondere vom Fasten, lässt sich aber auf Frömmigkeit im Allgemeinen übertragen. Er ist für uns und unsere heutige Welt besonders wichtig. Jesaja scheint heute bei uns zu sein und zu uns zu schreiben. In der heutigen Lesung antwortet Jesaja auf die Frage des Volkes: „Warum fasten wir, und du siehst es nicht? Warum haben wir uns gedemütigt, und du hast es nicht bemerkt?“ (Jesaja 58,3).

Die Israeliten dachten vielleicht, dass es sich um eine ‚mechanische‘ oder magische Formel handelte – wir hören auf zu essen, und Gott hört zu! (1+1=2). Sie befanden sich in einer Art Notlage und dachten, dass Fasten die Lösung sei. Die prophetische Tradition hingegen wollte darauf hinweisen, dass das Problem nicht durch bloße Enthaltensamkeit

gelöst werden kann Technisch gesehen ist Fasten tatsächlich der Verzicht auf Nahrung. Aber ist das wirklich Fasten?

Der Prophet fährt fort und offenbart die wahre Motivation hinter dieser religiösen Praxis. „Doch am Tag eures Fastens tut ihr, was euch gefällt“

–

was bedeutet, dass das Fasten zu einer Quelle des Vergnügens geworden war! Warum? Weil Fasten Ruhe und Nichtstun bedeutete. Sie breiteten Sackleinen und Asche aus und saßen untätig herum! Das Schlimmste daran: Laut Jesaja beuteten sie ihre Arbeiter aus. Das bedeutet, dass sie andere ausbeuteten oder versklavten, um ihre Arbeit zu verrichten! Das ist verdrehte Frömmigkeit: Wir ruhen uns aus, fühlen uns besser, weil wir etwas Religiöses getan haben, während wir andere ausbeuten und unterdrücken, damit sie unsere Arbeit verrichten! Und wir nennen das Fasten! Und dann sagt er: „Euer Fasten endet in Streit und Zank und in Schlägen mit bösen Fäusten.“ Es scheint, dass die Fastenzeit zu einer Zeit der Streitigkeiten und Auseinandersetzungen geworden war – sogar zu gewalttätigen! Ich frage mich, worüber sie gestritten haben! War es Theologie? Dogmen? Religiöse Praktiken?

Was ist erlaubt und was nicht – um ihre religiösen Praktiken einfacher erscheinen zu lassen?

Schließlich sagt er: „Ihr könnt nicht fasten, wie ihr es heute tut, und erwarten, dass eure Stimme in der Höhe gehört wird.“ Es scheint, dass sie nicht fasteten, damit Gott sie sieht und hört, sondern damit die Menschen sie sehen und hören. Sie wollten menschliches Lob. Sie kümmerten sich mehr darum, was andere von ihnen denken – nicht darum, was Gott denkt!

Es ist klar, dass die Menschen damals das Konzept des Fastens völlig verfehlten. Wenn wir fasten, wenn wir uns etwas vorenthalten, denken wir an andere. Das ist das Konzept der Barmherzigkeit und Nächstenliebe. Je näher wir Gott und seinem Herzen kommen, desto mehr erkennen wir, dass Gott möchte, dass wir anderen dienen. Menschen zu helfen – sich um Gerechtigkeit zu kümmern – ist das Herzstück des Fastens! Fasten ist Barmherzigkeit!

Jesajas Botschaft an die Menschen, die fragten: „Warum fasten wir, und du siehst es nicht? Warum demütigen wir uns, und du nimmst keine

Notiz davon?“ – lautet wie folgt: Das Problem liegt in euch. Das Problem ist der Mangel an Barmherzigkeit, das Fehlen von Gerechtigkeit und die Vernachlässigung eurer Nächsten. Das Fehlen dieser Dinge ist der Grund, warum Gott euch nicht hört! Und Gottes Botschaft an uns heute lautet:

Religiosität und Frömmigkeit, die keinen Hunger nach Gott und keine Fürsorge und Barmherzigkeit für die Menschen hervorbringen, sind falsche Frömmigkeit! Frömmigkeit, die nicht zu einem Hunger nach Gerechtigkeit führt, ist falsche Frömmigkeit, falsche Spiritualität. Frömmigkeit ohne Barmherzigkeit und Mitgefühl ist falsche Frömmigkeit, falsche Spiritualität.

Der heutige Text: die wahre Bedeutung von Religiosität oder Frömmigkeit; Buße; Spiritualität und sogar Solidarität. Genau das müssen wir heute in unseren Diskussionen über Gaza und Palästina wiedergewinnen.

Es ist mehr als anderthalb Jahre her, seit der Krieg gegen Gaza begonnen hat. Es ist für mich unbegreiflich, dass dieser Krieg, dieser Völkermord, immer noch andauert.

Bevor wir über Gaza sprechen, sollten wir uns daran erinnern, dass westliche Kirchen und Theologen seit Jahren, insbesondere aber seit anderthalb Jahren, die Existenz Israels theologisch rechtfertigen und sogar dessen Handlungen verteidigen. Ich habe gerade ein Buch über diesen Krieg fertiggestellt, und ein ganzes Kapitel hätte ein ganzes Buch darüber füllen können, wen die westliche Kirche während dieses Völkermords unterstützt, gerechtfertigt, verteidigt und/oder verschwiegen hat. Die westliche Kirche ist stark in das Geschehen in Palästina verwickelt.

In Gaza sind seit letztem Oktober mehr als 50.000 Menschen getötet worden, darunter 17.000 Kinder. Tausende weitere werden noch unter den Trümmern vermisst. Mehr als zwei Millionen Menschen sind vertrieben, gefangen und hungern. Das ist mehr als unmenschlich!

Tatsächlich schätzt die Lancet, eine der weltweit führenden medizinischen Fachzeitschriften, die Zahl der Todesopfer auf 186.000.

Sie nennen es immer noch „Selbstverteidigung“ oder Reaktion auf den 7. Oktober. Sie haben keine moralische Grundlage, wenn Sie das sagen! Sie haben jedes Quäntchen Menschlichkeit und ethische Integrität verloren. Um die Lage noch zu verschlimmern, hat Israel in den letzten zwei Monaten die Einfuhr von Hilfsgütern und Lebensmitteln nach Gaza vollständig blockiert. Der stellvertretende Generaldirektor Michael Ryan sagte gegenüber Reportern im WHO-Hauptquartier: „Wir brechen den Kindern von Gaza Körper und Geist. Wir hungern die Kinder von Gaza aus. Wir sind mitschuldig.“

Das ist ein Kriegsverbrechen. Man darf Zivilisten während eines Krieges nicht Hilfe und Lebensmittel vorenthalten! Jahrelang hat uns der Westen über internationales Recht belehrt. Menschenrechte! Die Heuchelei ist erschreckend! Der Rassismus ist noch erschreckender.

Was ist mit dem Gewissen der Weltführer geschehen? Ich sage Weltführer und Kriegsherren, denn die Stimmen auf der Straße sind laut und deutlich: Stoppt diesen Völkermord. Aber werden die Kriegsherren darauf hören?

Der Internationale Gerichtshof hat klar beschrieben, was geschieht, und Israel und seine Komplizen scharf verurteilt, doch selbst das Urteil des IGH reichte nicht aus, um diesen Völkermord zu stoppen. Wir haben Haftbefehle, die leider nichts bedeuten. Wir steuern auf eine Zeit zu, in der „Macht vor Recht geht“. Dies ist ein kritischer Moment in unserer Geschichte. Die Glaubensführer müssen ihre Stimme erheben!

Die Menschen in Gaza senden uns Bilder ihres Völkermords, und die Kriegsführer erklären uns und der Welt ihre Absicht, Gaza auszulöschen und neu zu kolonisieren, und die Welt debattiert und diskutiert immer noch, ob das, was geschieht, ein Völkermordkrieg ist oder nicht.

Israelische Soldaten veröffentlichen spöttische Videos von der Zerstörung einer ganzen Zivilisation ... während die Welt immer noch debattiert und diskutiert!

Wenn wir als Palästinenser von Völkermord sprechen, ist meine Botschaft folgende: Wir haben diesen Begriff nicht erfunden. Wir haben die Definition nicht geschrieben. Das hat die westliche Welt getan

Damit „nie wieder“ auch wirklich nie wieder wird! Sie haben uns über Menschenrechte und internationales Recht belehrt und uns Vorträge gehalten. Jetzt, wo es um einen Verbündeten geht, leugnen Sie es?

Betrachten wir die Beweise auf der Grundlage der Völkermordkonvention:

- den Fall Südafrika vor dem IGH, zahlreiche UN-Experten
- viele führende Völkermord- und Holocaust-Wissenschaftler, darunter israelische Professoren wie Amos Goldberg, Holocaust- und Völkermordforscher an der Hebräischen Universität, Raz Segal, außerordentlicher Professor für Holocaust- und Völkermordstudien an der Stockton University, Omer Bartov, Professor für Holocaust- und Völkermordstudien an der Brown University
- Francesca Albanese, Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für die besetzten palästinensischen Gebiete,
- über 55 Wissenschaftler, die sich mit dem Holocaust, Völkermord und Massengewalt befassen
- Gemeinsamer Bericht des University Network for Human Rights, der International Human Rights Clinic der Boston University School of Law, der International Human Rights Clinic der Cornell Law School, des Centre for Human Rights der University of Pretoria und des Lowenstein Human Rights Project der Yale Law School,
- Human Rights Watch,
- Amnesty International,
- Ein vom UN-Menschenrechtsrat in Auftrag gegebener Bericht

Die Frage ist nicht, ob es sich um Völkermord handelt oder nicht. Die eigentliche Frage lautet: Warum erkennt die Kirche dies nicht als Völkermord an? Könnte es sein, weil dies ein Schuldeingeständnis wäre, da so viele Kirchen diesen Krieg von Anfang an unterstützt und verteidigt haben?

„Nie wieder“ ist zu ‚Wieder einmal‘ geworden! Wieder einmal Völkermord, wieder einmal Rassismus, wieder einmal eine Kirche, die sich auf die Seite der Macht stellt. Ihr habt nichts gelernt!
(Und das alles, während ihr Bonhoeffer feiert!)

Freunde. Die Wahrheit ist für alle offensichtlich. Es gibt nichts zu diskutieren. Die Apartheid ist klar. Der Völkermord ist klar. Wir müssen nichts mehr erklären.

Die Wahrheit ist für alle offensichtlich. Die Staats- und Regierungschefs der Welt kennen die Wahrheit. Sie leugnen sie. Tatsächlich leugnen sie sie seit 76 Jahren. Wie viele Delegationen haben wir empfangen? Wie viele Vorträge haben wir gehalten? Wie oft haben wir die Dinge erklärt?

Sagt mir nicht, dass es kein Rassismus ist! Diejenigen, die sich an diesem Völkermord mitschuldig machen, sehen uns nicht als Gleichberechtigte, als Menschen. Wie sonst lässt sich diese Gleichgültigkeit gegenüber Menschenleben erklären? Gegenüber sterbenden Kindern, die unter Trümmern hervorgezogen werden, gegenüber Babys, die in Krankenhäusern in Gaza verwesend aufgefunden werden?

Die EKD hat immer noch nicht zu einem Waffenstillstand aufgerufen!)

Wir brauchen Jesaja, der heute erneut zu uns spricht. Um unsere falsche Spiritualität in Frage zu stellen. Es ist Zeit, Buße zu tun! Oh, wie sehr muss unsere Welt heute Buße tun für ihre Apathie, ihre Gleichgültigkeit gegenüber dem Leiden und dafür, dass sie einen Völkermord normalisiert und rechtfertigt. Schlimmer noch: heute leugnet sie einen Völkermord!

Wenn die Staats- und Regierungschefs der Welt einen Völkermord und ethnische Säuberungen live im Fernsehen und in den sozialen Medien mitverfolgen und dennoch weiterhin Erklärungen dafür liefern, während sie nur ihre Besorgnis über den Tod unschuldiger Zivilisten zum Ausdruck bringen, steht unsere gemeinsame Menschlichkeit auf dem Spiel.

Wenn Kirchen einen Völkermord rechtfertigen oder aus der Ferne schweigen und sorgfältig formulierte, ausgewogene Erklärungen abgeben, steht die Glaubwürdigkeit des Evangeliums auf dem Spiel.

Wir müssen Buße tun für unseren Rassismus, unsere Überheblichkeit und unsere Bigotterie. Gottes Botschaft an uns durch Jesaja: Frömmigkeit, die kein Mitgefühl und keine Barmherzigkeit hervorbringt,

ist falsche Frömmigkeit! Frömmigkeit, die nicht zu einem Hunger nach Gerechtigkeit führt, ist falsche Frömmigkeit.

Ist das nicht das Fasten, das ich erwähnt habe:

die Fesseln der Ungerechtigkeit zu lösen,

die Stricke des Jochs zu zerreißen,

die Unterdrückten freizulassen

und jedes Joch zu zerbrechen?

Unsere Welt ist voller falscher Frömmigkeit; einer Frömmigkeit, der Barmherzigkeit, Gerechtigkeit und Wahrheit fehlen. Die heutige Lesung aus Jesaja scheint von der heutigen Zeit zu sprechen. Freunde, diese Worte Jesajas gehen über „Nächstenliebe“ hinaus. Es geht darum, Stellung zu beziehen und sich aktiv für Gerechtigkeit und Befreiung einzusetzen

. (Das ist keine Aussage!) Jesus hat nicht gesagt: Ich war hungrig, und ihr habt für mich gebetet und eine Erklärung abgegeben! Jesus hat gesagt: Ich war gefangen, und ihr seid zu mir gekommen!

Es geht nicht darum, „für den Frieden zu beten“, „auf Probleme aufmerksam zu machen“ und Unterstützung zu schicken. Frömmigkeit, sagt Jesaja, bedeutet aktive Beteiligung daran, die Fesseln der Ungerechtigkeit zu lösen,

die Stricke des Jochs zu zerreißen, die Unterdrückten freizulassen und jedes Joch zu zerbrechen. Das ist aktive Solidarität; hier geht es um Taten.

Es geht um kostspielige Solidarität. Solidarität ist per Definition kostspielig. Sie bedeutet, sich mit denen zu identifizieren, denen wir dienen, sie sogar in ihrem Gefängnis zu besuchen und zu sagen: Ich bin bei euch. Das ist das noch Radikalere an Jesu Version dieses Textes in Matthäus 25. Nach Jesus

- ist das, was wir den Opfern ungerechter Strukturen antun, die Grundlage unseres göttlichen Gerichts.

- ist das, was wir den Opfern ungerechter Strukturen antun, das, was wir ihm antun!

- Dazu gehört auch, Gefangene zu besuchen, sich mit ihnen zu identifizieren!

Dies geschieht in einer Zeit, in der einige westliche Kirchenführer sich nicht einmal mit uns treffen wollen, weil wir Palästinenser sind.

Ich frage: Ist es das, was die Kirche heute tut? Seien wir ehrlich zu uns selbst! Verstehen Sie, warum ich laut schreie: Wo ist die Kirche? Die Frage, die wir uns stellen sollten, wenn wir Ungerechtigkeit und Leid sehen, sollte nicht immer lauten: „Wo ist Gott?“ Oft lautet die Frage: „Wo ist die Kirche?“

Wir sind beschäftigt mit religiösen Praktiken, theologischen Diskussionen ...

Darüber hinaus habe ich heute das Gefühl, dass uns vor allem Mut fehlt. Wir kennen die Wahrheit. Aber wir sprechen nicht darüber, weil wir die Konsequenzen fürchten, weil wir Angst vor Gegenreaktionen haben!

Die Kirche will Kontroversen vermeiden. Können Sie sich vorstellen, dass Jesus auf Erden gelebt hat, ohne Kontroversen zu vermeiden? Können Sie sich vorstellen, dass er, wenn man ihm eine Frage gestellt hätte, eine ausgewogene Antwort gegeben hätte?

Die Art und Weise, wie die Kirche um das Thema „Waffenstillstand“ oder (Gott bewahre) die Verurteilung Israels herumtanzt, ist wirklich erstaunlich. Sie schreibt zwei Seiten lange Erklärungen, die im Grunde nichts anderes sagen, als dass sie die Hamas unmissverständlich verurteilt!

Ehrlich gesagt sollten wir nicht überrascht sein; wie oft haben wir als palästinensische Christen Ablehnung durch die Kirche erfahren? Wie oft wurden Einladungen an uns, auf internationalen Veranstaltungen zu sprechen, abgesagt? Aus Angst vor Kontroversen. Es gibt Kirchenführer, die bereit sind, Opfer zu bringen, um sich nicht vor Außenstehenden erklären zu müssen, warum sie sich mit uns palästinensischen Christen treffen! Sie opfern uns für ihr eigenes Wohlbefinden. Sie opfern uns für ihr eigenes Wohlbefinden, genauso wie sie uns als Sühneopfer für ihren eigenen Rassismus und Antisemitismus angeboten haben – indem sie auf unserem Land Buße tun für eine Sünde, die sie auf ihrem Land begangen haben!

Und das alles, während wir behaupten, einem gekreuzigten Erlöser zu folgen, der alles geopfert hat, Schmerzen und Ablehnung ertragen hat für diejenigen, für die er gelebt hat!

Wenn die Kirche ihr Wohlbefinden nicht aufgeben will, dann stimmt etwas grundlegend falsch mit unserem christlichen Zeugnis.

Wenn die Kirche die Wahrheit opfert, um sich anzupassen und Kontroversen zu vermeiden, dann stimmt etwas grundlegend falsch mit unserem christlichen Zeugnis.

Schwestern und Brüder.

Frömmigkeit und wahre Religiosität bedeuten, solidarisch mit den Ausgegrenzten und Unterdrückten zu sein.

Im Jahr 2023 haben wir in unserer Kirche das Konzept „Christus in den Trümmern“ entwickelt. Ich habe versucht, die Frage zu beantworten: Wo ist Gott in Gaza? Warum hat er nicht geantwortet?

Gott ist unter den Trümmern in Gaza.

Er ist bei den Verängstigten und den Flüchtlingen. Er ist im Operationssaal. Das ist unser Trost. Er geht mit uns durch das Tal des Todesschattens.

Wenn wir beten wollen, dann bete ich, dass diejenigen, die leiden, diese heilende und tröstende Gegenwart spüren.

Wenn Jesus heute in unsere Welt käme, wäre er in Gaza unter den Trümmern. Jesus unter den Trümmern ist die Botschaft Gottes, der sich mit der Menschheit in ihrem Leiden und Schmerz identifiziert. Es geht um den Gott, der sich auf die Seite der Unterdrückten stellt, sogar unter ihnen geboren wird, als einer von ihnen, als Flüchtling und Opfer der Gewalt des Imperiums.

Gott ist solidarisch mit den Ausgegrenzten und Unterdrückten. Er ergreift Partei, er ist nicht neutral...

Und hier ist meine Botschaft: Gottes Festigkeit sollte unsere Solidarität werden! Wenn Gott Partei ergreift, sollten wir es auch tun.

Wo war Gott? Wo waren die Menschen guten Willens? Im Geiste von Jesaja 58, wo war die Kirche?

Liebe Freunde, Gaza ist heute in der Tat der moralische Kompass der Welt. Ich bin fest davon überzeugt, dass dieser Krieg die Welt klar gespalten hat, und vielleicht ist das gut so. Gaza ist der moralische Kompass der Welt. Entweder stehen wir auf der Seite der Logik oder der Macht und

Rücksichtslosigkeit, auf der Seite der Kriegsherren und derer, die das Töten von Kindern rechtfertigen und rationalisieren. Oder wir stehen auf der Seite der Opfer von Unterdrückung und Ungerechtigkeit, auf der Seite derer, die

von den Kräften des Imperiums und der Kolonialisierung belagert und entmenslicht werden. Die Wahl ist wirklich einfach: Entweder unterstützen wir einen Völkermord, verschließen die Augen davor oder rechtfertigen ihn, oder wir rufen laut: Nein! Nicht in unserem Namen. Die Geschichte wird sich daran erinnern!

Die Kirche muss Gerechtigkeit und Rechtschaffenheit suchen, in Gehorsam gegenüber dem Gebot Christi müssen wir den Mut haben, unsere Meinung zu sagen und die Dinge beim Namen zu nennen! Dies ist kein Konflikt; Israel übt nicht sein Recht auf Selbstverteidigung aus. Vielmehr ist Israel der Kolonisator; Israel ist eine Siedlerkolonie. Wir leben unter Apartheid. Was in Gaza geschieht, ist Völkermord und ethnische Säuberung. Die

fortwährende Wiederholung der Erzählung des Imperiums dient nur dazu, die Aggressoren zu stärken.

Auf der Grundlage des Vorstehenden dürfen wir in unseren Kirchen nicht länger von „Frieden“ oder gar von einer Lösung des Konflikts sprechen, sondern von einem Ende der Tyrannei und Ungerechtigkeit. Die Wortwahl ist wichtig. Wir sprechen hier nicht von einem Kampf zwischen gleichstarken Kräften. Es geht nicht einfach um einen Waffenstillstand, sondern um die Beendigung von 76 Jahren ethnischer Säuberung. Und heute um die Beendigung eines Völkermords in Gaza.

Solidarität ist per Definition kostspielig. Heute frage ich mich: Kann man mit den Palästinensern solidarisch sein und gleichzeitig unseren Völkermord

leugnen? Das ist in der Tat ein Angriff auf unsere Menschlichkeit – wenn man unseren Völkermord leugnet, rechtfertigt oder verteidigt.

Es ist Zeit zu handeln: die Fesseln der Ungerechtigkeit zu lösen, die Stricke des Jochs zu zerreißen, die Unterdrückten freizulassen und jedes Joch zu zerbrechen...

Es ist Zeit, dass die Kirche, Kirche ist!

Die Art und Weise, wie die Kirchen der Welt mit der Ungerechtigkeit in unserem Land umgehen, wird viel über diese Kirchen aussagen. Wir übertreiben nicht, wenn wir sagen, dass die Glaubwürdigkeit der Kirchen und unser christliches Zeugnis auf dem Spiel stehen.

Ich bin überzeugt, dass wir als Palästinenser uns wieder erholen werden. Gott ist gut. Wir werden weiter glauben und weiter existieren. Das ist unser Sumud. Werden sich diejenigen, die sich an diesem Völkermord mitschuldig gemacht haben, wieder erholen?

Dr. Munther Isaac, Pfarrer der Ev.- luth. Kirche in Jordanien und im Hl. Land, (ELCJHL) an der Weihnachtskirche in Bethlehem und Dean des Bethlehem Bible College, Direktor der Christ at Checkpoint Conference.

Der Siegeszug des Neozionismus und der 7. Oktober 2023:

Hat ein Palästinenserstaat nach dem Gaza-Krieg noch eine Chance?

Tamar Amar-Dahl

Wenn wir uns die Frage nach der Zukunft stellen, müssen wir uns den Hauptakteur in diesem Krieg anschauen. Also Israel und die Mächte in diesem Staat unter der Lupe nehmen.

In Essenz besteht die jetzige Tragödie darin: Es gibt in Israel keine politische Macht, nicht nur für die Teilung des Landes, sondern auch für die dringende Notwendigkeit auch aus israelischer Sicht, den verheerenden Krieg einzustellen.

Wer hat Nutzen vom Krieg?

In meinem Buch rede ich vom Siegeszug des Neozionismus, von einer politischen Bewegung, die seit gut zwei Jahrzehnten das Land massiv verändert hat.

Langzeit Premier B. N. spielt dabei eine zentrale Rolle. Mit seinem Comeback Ende 2022 erfährt der Neo-Zionismus eine erhebliche Verstärkung, mit dem 7. Oktober 2023 erreichte er einen Höhenpunkt.

Mit meinem Erklärungsansatz biete ich eine kritische Analyse der politischen Ordnung Israels. Wer meine Arbeiten kennt, weiß bereits: Diese politische Ordnung ist vom Zionismus sowie vom Militarismus durchdrungen.

Diese politische Ordnung ist historisch gewachsen. Israels Palästina-Politik bzw. Kriegspolitik hat lange Geschichte. Allerdings am 7. Okt. hat die Geschichte die Israelis sowie die Palästinenser regelrecht eingeholt. Als würde sie sagen: Ihr wollt den Konflikt mit politischen Mitteln nicht lösen, dann seid ihr für einen Dauerkrieg verdammt.

Also: 7. Okt. ist keine Frage eine Zäsur – doch es gilt, ihn in die Konfliktgeschichte einzubetten und aus dieser Geschichte wiederum zu verstehen.

Wenn die Israelis das ganze Land nur für sich beanspruchen, dann riskieren sie nicht nur einen Dauerkrieg um Palästina, sondern durchaus auch einen innenpolitischen Kulturkrieg, der sich in einen Bürgerkrieg ausarten werden kann.

Worum geht es bei solchem innerisraelischen Kulturkrieg?
Was hat dieser Kulturkonflikt mit dem Gaza-Krieg zu tun?

Leitartikel der linkszionistischen Zeitung Haaretz: 23.4. „Die Annektierung hat bereits begonnen. Die staatlichen Ressourcen werden ungehindert genehmigt“.

„Während die israelische Rechte die „Trump-Vision“ der Umsiedlung von zwei Millionen Gaza-Bewohnern zur Errichtung einer amerikanischen Riviera im Gazastreifen begrüßt, bereitet das Militär den Boden für einen längeren, ... Aufenthalt... Die Siedler beabsichtigen die Infrastruktur für eine erneute Besiedlung des Gazastreifens zu errichten. Haaretz warnt in diesem Leitartikel von einer baldigen Annektierung im Westjordanland sowie im Gaza.

„Wir haben hier mit einer Revolution zu tun, ... Wir dürfen nicht wegschauen und nicht denken, dass es sich bei der Annexion lediglich um eine hypothetische Behauptung handelt. Wir müssen uns die Realität vor Ort direkt ansehen. Und wir sehen, dass die Annexion bereits erfolgt ist [...].“

In diesem Beitrag wird der Neo-zionist Finanzminister Smotritz zitiert (X 3. April 2025):

„Die Bauernhöfe in Judäa und Samaria sind die Schutzmauer des Staates Israel. Die Bauern, die die offenen Flächen (Zone C) besetzen und angesichts des Terrors standhaft bleiben, sind die Pioniere unserer Zeit. ... Wir (die Siedler) verstärken die Sicherheit vor Ort und festigen unseren Einfluss auf das Land unserer Vorfahren. *Das ist Zionismus*

Auf diesen Leitartikel reagierte Leser mit Wut, Angst, Ohnmacht. Mache riefen zur Rebellion gegen den Staat auf: „Es fühlt sich wie ein faschistischer Staat. ... wir Staats-Bürger sind hilflos.“ „Das wahre Ziel des Krieges sei Besetzung und Annexion des Westjordanlands, des Gazastreifens und nun Syriens.“

„Die Siedlungen sind eine Last ... Die Apartheid wird zu endloser Gewalt und dem Untergang Israels führen... sie wird uns in den Faschismus ziehen.“ „Es ist nur eine Frage der Zeit, bis sich der Staat gänzlich in sich implodieren wird.“ Sowie zur Stimmung im Lande.

All diese linkszionistischen Stimmen befürchten den Untergang des zionistischen Staatsprojekts.

Weshalb die Überraschung? Haben die Siedler ihre Pläne je verheimlicht? Was hatten die „vernünftigen“ Israelis vom Krieg eigentlich erhofft, als sie ihn so konsensuell unterstützten?

Wüssten die „guten“ Israelis nicht, was ihr Militär in ihrem Namen in Gaza – und zwar kurz nach dem 7.10.? anrichtet?

Inwieweit unterscheiden sich die „guten“ Linkszionisten von den „bösen“ Neo-Zionisten?

Kurzum: Worum *genau* geht es in diesem innerpolitischen Konflikt?

Nach mehr als 15 Jahren als Premierminister und einer verheerenden Regierungskrise der Jahre 2019-2022, wird Netanjahu Ende 2022 erneut gewählt.

Mit seinem Comeback bildete er eine nun offen rechtsradikale neo-zionistische Regierung. Der Kahanist Itamar Ben Gvir wurde zum Minister der nationalen Sicherheit, der Polizei. Smotritz zum Finanzminister und zuständig im Verteidigungsministerium für die Verwaltung des Westjordanlands. Also Schlüsselpositionen für die religiösen Zionisten, dies, bevor die beiden Neozionisten eine Schlüsselposition im Gaza-Krieg spielen dürften. Nicht von ungefähr setzte diese Regierung auf die sog. Justizreform. Nur einige Tage nach Vereidigung gab am 4.1.23 der Justizminister Yariv Levin eine Erklärung an die Presse, und zwar über seine Pläne für das Justizsystem.

Prompt wurde dieser als Staatsstreich aufgefasst, weshalb die Israelis auf die Straßen gingen: Massendemonstrationen gegen die Regierung beherrschten die Tagesordnung, und zwar durchgehend und 9 Monate lang. Also: schon vor dem 7.10.war das Jahr 2023 ein historisches Jahr, nicht zuletzt, weil vom der akuten Gefahr eines Bürgerkriegs die Rede war.

Ein Dialog war nicht zu erreichen: Während die Regierung auf die Entmachtung der Judikative pochte, um dann eigene exekutive Macht zu erweitern, blieben die Unterstützer der alten Ordnung Woche um Woche auf der Straße. Sie wollten die altbekannte Demokratie für Juden aufrechterhalten.

Die Spaltung wurde immer schärfer. Die Fronten immer verhärteter. Sogar der Staatspräsident hat versucht zu vermitteln. Ohne Erfolg.

Der Konflikt zwischen dem Staat und der Gesellschaft nahm historische Dimension an. Vor allem, als er auch das Militär erreichte: immer mehr Kampfpiloten und Reservisten der Eliteneinheit äußerten ihren Unmut über den geplanten Staatsstreich. Im Kriegsfall würden sie des Wehrdienstes verweigern, sollte die demokratischen Strukturen abgebaut werden.

Inwieweit das sicherheitspolitische Debakel auf diesen versuchten Staatsstreich zurückzuführen ist, damit auf die innerisraelischen Kulturkonflikte, gilt es zu untersuchen.

Doch jetzt ist klar: beide Konflikte hängen eng mit aneinander und müssen deshalb beide gelöst werden, damit das Land zur Ruhe kommt.

Einerseits ist die innerisraelische Spaltung: dies zeigt sich in Regierungskrise / Netanjahu Krise/ Justizreform/ Massendemonstrationen / Entmachtung der Linken/

Nach dem 7.10. – kommt hinzu die dramatische Geisel-Frage. Und etliche sicherheitspolitische Affären um das Duell Netanjahu/Generäle; Staat/Militär.

Andererseits: Der Status quo von Besatzung, Apartheid, sehr aktiver Siedler-Kolonialismus, Dauerkrieg, ab dem 7. Okt.: Massenhafte Tötung - ebenfalls historischer Dimension - in Gaza und überhaupt eine andauernde Nakba in Palästina.

In dieser akut-gefährlichen Verquickung spielt die ungelöste Palästina-Frage eine zentrale Rolle.

Diese territoriale Frage war und blieb nicht nur urzionistisch.

Sie stellt seit 1948 Israels größtes Legitimationsproblem dar.

Ich rede von *Achillesferse* des zionistischen Staatsprojektes.

Israel pflegt in dieser Frage lediglich ein Sicherheitsproblem zu sehen.

Doch es bleibt *das* Legitimationsproblem des zionistischen Israel.

Wie bedenkt Netanjahus neo-zionistische Regierung dieses zu lösen? Bekanntlich bekämpften die Rechtszionisten schon immer die Zweistaatenlösung.

Zwei prominente Beispiel: Oslo-Friedensprozess der 1990er und der Rückzug aus Gaza 2005. Für die Neo-Zionisten sind diese historischen Momente einen herben Rückschlag gewesen.

Doch ab 2009 sitzt ihr Premier an Hebel und verhindert seitdem die Zweistaatenlösung. Mit dem Hamas-Überraschungsangriff sehen die Neo-Zionisten die perfekte Konstellation: mittels eines Krieges *ihre* Lösung aufzuzwingen, und zwar den beiden Völkern.

Ein Vernichtungskrieg um den Rest von Palästina einerseits, die Entmachtung jeglichen innenpolitischen Rivalen andererseits - das ist ihr Plan. Neo-Zionisten nehmen im Kauf also, die israelische Gesellschaft zu zersetzen.

Denn sie wollen Israels größtes Legitimationsproblem von der Welt zu schaffen, indem sie ihr Modell Zionismus umsetzen:

Religiöser Jüdischer Staat im Groß Israel.

Meint es die Regierung diesmal so ernst, dass sie bereit ist bis zum Äußersten zu gehen?

Welche Mittel sind ihr recht?

Nakba, Vernichtungskrieg, Eroberungskrieg oder gar Genozid?

Kürzlich äußerte sich Netanjahu: Israel werde Gaza militärisch beherrschen. Die PA werde den Streifen keineswegs übernehmen. Wird Israel die Militärregierung auch in Gaza einführen?

Die Geschichte lehrt uns, Israel hat wiederholt versucht, die Palästina-Frage mittels eines Kriegs zu lösen. 1967, 1982, zwei Intifada, zahlreiche Kriege und militärische Einsätze haben das Problem nicht gelöst. Lehren die Israelis aus eigener Geschichte nicht? Da Israel der

Hauptakteur ist, insistiere ich auf diesen soziopolitischen Konflikt Linkszionisten vs. Neozionisten.

In diesem Kulturkampf liegt der Schlüssel für die und aus der Katastrophe in Palästina. Sowie die Ereignisse rund um die Zweite Intifada die Linkszionisten mit ihrer Friedensideologie massiv geschwächt hatten, auch der aktuelle Krieg spielt gegen die Zweistaatenlösung.

Für solche Lösung gibt es im heutigen Israel leider kaum Konjunktur. Immer mehr Linkszionisten glauben nicht an der politischen Teilung des Landes. Vor allem liegt es an der Opposition: trotz der verheerenden Lage gelingt es ihr nicht, Alternative zu formulieren und den verzweifelten Israelis anzubieten. Die Opposition unterstützte bekanntlich auch sehr lange den Krieg.

Diese „Gesellschaft ohne Opposition“ in der Palästina-Frage erklärt N. Machterhalt. Der verhasste Premier sitzt noch immer fest im Sattel, weil er keine wirkliche Opposition weder für den Krieg noch in dieser entscheidenden Frage hat.

Eben deshalb kann sich N. solche Kriegsführung leisten. Obwohl 70% sein Rücktritt wollen, in der Palästina-Frage ist das Land, wenn auch unbewusst schon auf seiner Seite.

Israels Hamas-Politik, mit katarischem Geld die Ruhe im Süden zu erkaufen, war Israels Strategie gegen einen Palästinensern-Staat. Sie diente eben dem Ziel, mit der PA in Ramallah nicht verhandeln zu müssen.

Also Hamas als Alibi gegen Verhandlungen mit dem anerkannten palästinensischen Partner – ist nun gescheitert. Doch dies war sehr lang Netanjahus neo-zionistische Strategie.

Dieser Strategie hat die Entpolitisierung, die Aufhebung der Palästina-Frage zu Grunde. Aufhebung meint wohl aus dem Diskurs, damit aus dem Bewusstsein der Israelis. Damit kann man die Entmenschlichung der Palästinenser erklären, was wiederum solchen Vernichtungskrieg möglich macht.

Israels größtes Problem zu verdrängen ist übrigens nicht alleine Netanjahus Projekt, sondern auch das seiner politischen Rivalen: In den zahlreichen Wahlkämpfen verschwanden die Palästinenser als politisches Thema gänzlich. Auch die Massendemonstrationen gegen die Justizreform wollten die Palästina-Frage nicht berücksichtigen. Besatzung, Apartheid, Siedler-gewalt Siedler-Kolonialismus seien

demnach nicht relevant für den anstehenden Staatstreich.

So explodierte am 7.Okt. die alte politische Ordnung gerade den „vernünftigen Israelis“ um die Ohren: Gerade die Linkszionisten bezahlen für diese Verdrängung sehr teuer, denn sie haben viel zu lange die Entpolitisierung der Palästinas-Politik mitgetragen.

Die Neo-Zionisten haben es also leicht mit solcher Opposition. Diese bereitete schließlich den Neo-zionistischen ihren brachialen Weg.

Wenn 2000 ein linkszionistischer General und Führer der Arbeiterpartei Ehud Barak den Palästinenserführer für „Keinen Partner für den Frieden“ abstempelt, dann sollte man sich nicht wundern, wenn eine ganze Generation „vernünftiger“ Israelis, nicht mal wissen, was in den palästinensischen Gebieten wirklich geschieht. Dies erklärt auch, weshalb die Israelis am 7.10. regelrecht erschüttert worden sind: es war nicht nur das Aussaß, sondern dass die Hamas überhaupt sich gegen sie erhoben hat.

Die in Politik und Militär verinnerlichte Konzeption war nämlich diese, dass Hamas viel zu abgeschreckt sei, um Israel anzugreifen. Es war die Arroganz der regionalen Macht, die erklärt, weshalb sämtliche Warnungen ignoriert worden waren.

Die heimtückische Feind-Perzeption ist darüber hinaus auch der verinnerlichten Auffassung geschuldet, die Palästinenser zählten nicht. Sie seien bereits besiegter Feind.

Stichwort – Abraham Accords.

Dieser Konzeption liegt eine Null-Summen-Spiel-Logik zu Grunde. Eine gefährliche neo-zionistische Kriegslogik.

Doch Weshalb trägt die Gesellschaft diese Kriegspolitik mit? Wo blieb die Wehrdienstverweigerung der Kampfpiloten? Warum kämpfen die Linkszionisten noch immer in „Netanjahus Krieg“ ?

Der Schlüssel liegt im ausgeprägten *israelischen* Militarismus: in der Forschung reden wir vom Zivilmilitarismus. Der Zivilmilitarismus ist historisch gewachsen. Anfang der 1990er prägte der Soziologe Kimmerling diesen Begriff des Zivilmilitarismus, damit erklärte er den zentralen Code der israelischen Gesellschaft. Den Code der Sicherheit. Damit erklärte er das verblüffende Phänomen, die Kriegspolitik automatisch zu unterstützen, unabhängig davon, ob sie Sicherheit nach sich zieht oder eben den Konflikt nur noch eskaliert.

Mit diesem israelischen Phänomen des Militarismus der Zivilgesellschaft erkläre ich Israels langjährige Sicherheits- bzw. Kriegspolitik.

Denn der Zivilmilitarismus erklärt die gesellschaftliche Akzeptanz der **militärischen Staatsausrichtung**.

Den militärischen Weg zu verinnerlichen, ihn sogleich als unabdingbar für die Staatsicherheit zu erachten, dies ist, was den israelischen Militarismus so heimtückisch macht.

Daher rede ich von der **Ideologie der Sicherheit**.

Von der **Ideologisierung des Militärs**.

Wenn allein das Militär das Land schützen und sichern könne, so werden auch seine Kriege als unabdingbar erachtet, daher auch unterstützt. Und diese Kriege – auch wenn sie wie im aktuellen verheerend ausfallen – werden unter der Kategorie „Verteidigung“ verstanden.

Der Zivilmilitarismus fußt auf dem Gründungsmythos der Sicherheit: der Krieg schaffe nationalstaatliche Existenz, das Militär sei zuständig für die nationale Sicherheit.

Der Krieg wird als unabdingbar für Existenz assoziiert.

Daher gewinnen Politik und Militär das Einverständnis der Gesellschaft: Links sowie recht, religiös sowie säkular.

Am 7.Okt. fielen also die Israelis ihrer eigenen Ideologie zum Opfer: aus ihrem Zivilmilitarismus heraus unterstützen sie den Krieg, um dann feststellen zu müssen, dass eben dieser Krieg, nicht nur zur Trumpfkarte des verhassten Premiers wurde. Sondern auch zum gefährlichen Instrument ihrer verbitterten politischen Rivalen. Die Neo-Zionisten ihrerseits wussten um die Macht dieser Sicherheitsideologie und verstanden schnell genug, wie sie sie einzusetzen haben. Den entpolitisierten Mainstream hatte die Regierung ohnehin in der Hand, die Linkszionisten wussten keine andere Antwort. Auch für sie war der Krieg – viel zu lange - ein Muss.

Im linkszionistischen Haaretz war z.B. die Rede vom *gerechten Krieg*. Es war unfassbar, wie der Zivilmilitarismus auch dort sein Unheil wirkte, wo man gewisse Ausgewogenheit erwarten würde: Doch überall herrschte das Mantra vom gerechten Krieg, vom moralischen Militär.

Es war fatal.

Weshalb lernen die Israelis nicht von der eignen Geschichte?

Angst ist die Kehrseite der Entpolitisierung und Zivilmilitarismus.

Mit der Angst wird in Israel Politik gemacht. Netanjahu ist meisterhaft, mit dieser Ressource Kapital zu schlagen.

Auf das Paradox von einem starken Staat einerseits, und einer schwachen Immigranten-Siedler-Gesellschaft, andererseits, wies ebenfalls Kimmerling. Der israelische Soziologe erkannte früh genug die brüchige Zusammensetzung der israelischen Gesellschaft im Kontext des Dauerkonfliktes. Der 7.Ok. und sein Nachspiel sollten ihm recht geben.

Den Siegeszug des Neozionismus erkläre ich mit der **Sinnkrise des zionistischen Israel:**

Israel muss diese urzionistische Palästina-Frage lösen, um das zionistische Staatsprojekt zu sichern. Doch seine gegenwärtige neo-zionistische Ausrichtung macht jegliche politische Lösung undurchsetzbar. Stattdessen überträgt die Politik dem Militär diese heikle Frage. Die Folge ist ein verheerender Vernichtungskrieg, der von den Neo-Zionisten für ihre Lösung der Palästina-Frage instrumentalisiert wird.

Die Zukunft bleibt uns noch verborgen. Doch die Geschichte lehrt uns, dass Israels Kriege den Konflikt um Palästina nicht nur nicht gelöst, sondern ihn immer mehr eskaliert haben.

Wie kommt man vom diesem gefährlichen Irrweg?

Die Palästinenser vermenschlichen;

die Palästina-Frage politisieren, um sie erneut anzuerkennen;

eigene Geschichte kennen; eigene politische Ordnung verstehen;

um sich des Militarismus entledigen zu können, müssen die Israelis sich dessen bewusstwerden;

Aussöhnung wäre durch Anerkennung möglich.

Versöhnung durch Entschuldigung.

Dr. phil. Tamar Amar-Dahl ist israelisch-deutsche Historikerin. Sie studierte Geschichte und Philosophie an den Universitäten Tel Aviv und Hamburg und wurde promoviert an der LMU München. Sie arbeitete als Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der FU Berlin und an der Universität Greifswald.

Jeff Halper, israelischer Anthropologe **DEN ZWEISTAATEN-BLUFF ENTHÜLLEN**

Wir sollten wirklich nicht mehr über die „Zweistaatenlösung“ sprechen. Eine politische Möglichkeit zur Diskussion zu stellen, die nie existiert hat, verwirrt nur die Lage. Seit mehr als einem Jahrhundert verfolgt der Zionismus unerbittlich sein erklärtes Ziel, ganz Palästina zu judaisieren – und hat dies auch getan. Die Behauptung, dass aus den kleinen, abgegrenzten Enklaven, in denen Israel fünf Millionen Palästinenser gefangen hält, ein wirklich souveräner, lebensfähiger und territorial zusammenhängender palästinensischer Staat entstehen könnte, dient nur einem einzigen Zweck: dem Konflikt Management. Sie hält die Palästina-Frage für zukünftige, aber niemals zustande kommende „Verhandlungen“ offen und ermöglicht es den USA und anderen, weiterhin abstrakte „palästinensische Rechte“ zu unterstützen. Aber genau da stehen wir. Die „Zweistaatenlösung“ ist zur Standardposition praktisch aller Regierungen geworden, allen voran der USA. Selbst die Palästinensische Autonomiebehörde wurde als Bedingung für ihre Existenz dazu gezwungen, sie zu unterstützen. Tatsächlich ist der Prozess der Normalisierung zwischen Israel und der „moderaten“ sunnitischen Welt, der nun vom Beitritt Saudi-Arabiens abhängt (was zweifellos in Trumps zweiter Amtszeit geschehen wird), von einer Art palästinensischem Staat abhängig gemacht worden.

„Eine Art“. Und genau hier liegt das Problem. Auch Israel braucht einen palästinensischen Staat. Wenn das eigentliche Ziel des Zionismus ein jüdischer Staat über das gesamte Land Israel (vom Fluss bis zum Meer) ist, was soll dann mit den fünf Millionen Palästinensern in den besetzten palästinensischen Gebieten (OPT) geschehen? Es ist klar, dass ihnen die Staatsbürgerschaft nicht gewährt werden kann, da dies das Ende der jüdischen Mehrheit bedeuten würde. Aber sie ohne Staatsbürgerschaft in Enklaven innerhalb eines Großisraels einzusperren, ist blanke Apartheid. Der einzige Ausweg für Israel ist Apartheid unter dem Deckmantel einer Zwei-Staaten-Lösung. Wenn wir gezwungen sind, das Zwei-Staaten-Spiel mitzuspielen, dann sollten wir darauf bestehen, dass der palästinensische Staat wirklich souverän

und lebensfähig ist. Das bedeutet zumindest, dass folgende Voraussetzungen erfüllt sein müssen:

- Ein palästinensischer Staat muss die Kontrolle über seine international anerkannten Grenzen haben, ein grundlegendes Kriterium der Souveränität, sowie Zugang zu arabischen Märkten, um wirtschaftlich lebensfähig zu sein.
- Er muss territorial zusammenhängend sein. Um das Westjordanland zu einem zusammenhängenden Staatsgebiet zu machen, müssen die meisten oder alle israelischen Siedlungen geräumt werden, da ihre Lage strategisch so geplant war, dass sie eine dauerhafte israelische Kontrolle gewährleisten. Außerdem müsste ein extraterritorialer Korridor für den Personen- und Warenverkehr zwischen dem Westjordanland und dem Gazastreifen eingerichtet werden.
- Steinbrüche und Offshore-Erdgas – bis hin zu heiligen Stätten und touristischen Attraktionen. Und er muss in der Lage sein, seine Wirtschaft zu entwickeln, um die Bedürfnisse künftiger Generationen zu erfüllen.
- In diesem Sinne muss der palästinensische Staat Ostjerusalem umfassen, das wichtigste Symbol des nationalen und religiösen Lebens der Palästinenser und ein wichtiger Teil ihrer Wirtschaft, da der Tourismus einer der größten Wirtschaftszweige Palästinas ist. Hier könnte eine Regelung der geteilten Souveränität über die Altstadt möglich sein.
- Im Gegensatz zu der Forderung Israels, dass der palästinensische Staat entmilitarisiert werden muss, muss er in der Lage sein, seine Souveränität und sein Territorium zu verteidigen. Zumindest ist eine palästinensische Streitmacht erforderlich, die innerhalb der Staatsgrenzen über Polizeibefugnisse und Handlungsfreiheit verfügt und durch internationale Garantien für die Souveränität des Staates abgesichert ist. Und der Staat muss in der Lage sein, diejenigen Flüchtlinge wieder aufzunehmen, die zurückkehren möchten. Inwiefern

stimmen diese grundlegenden Anforderungen für eine Zwei-Staaten-Lösung mit dem von Trump 2020 vorgestellten Plan zur „Normalisierung“ überein, der nach wie vor sein (und Netanjahus) Endziel ist?

Wir müssen mit dem territorialen Schacher-Spiel der Befürworter einer Zwei-Staaten-Lösung beginnen: 78:22. Seit der Verabschiedung der UN-Resolution 242 im Jahr 1967 basiert die Zwei-Staaten-Lösung darauf, dass Israel 78 Prozent des historischen Palästina besetzt und neben einem palästinensischen Staat auf den 22 Prozent der besetzten Gebiete existiert. Das ist alles. Jeder Plan, der diesen Parametern entspricht, ist in Ordnung. Aber wie die oben aufgeführten Voraussetzungen zeigen, hängt es nur zum Teil vom Territorium – einem zusammenhängenden, kohärenten Territorium – ab, ob diese 22 Prozent einen echten Staat bilden, der die Bedürfnisse seines Volkes jetzt und in Zukunft, einschließlich der Flüchtlingsfrage, erfüllen kann, oder lediglich ein international sanktioniertes Bantustan. Ebenso entscheidend ist, ob der palästinensische Staat wirklich souverän und wirtschaftlich lebensfähig ist.

Trump's Karte zeigt nichts anderes als ein verstümmeltes, nicht lebensfähiges, quasi-souveränes Bantustan für Palästinenser im Stil Südafrikas, das von einem israelischen Apartheidregime kontrolliert wird, das es umgibt. Die israelischen Siedlungen – eigentlich große Siedlungsblöcke, die die einzelnen Siedlungen zu undurchlässigen Mauern verbinden, die die winzigen Enklaven der Gebiete A und B, in denen die Palästinenser im Westjordanland leben, voneinander trennen – bleiben praktisch alle bestehen. Jerusalem wird vom palästinensischen Staat abgetrennt, wodurch dessen wirtschaftliches, kulturelles und religiöses Herz herausgeschnitten wird. In seinem ursprünglichen „Deal des Jahrhunderts“ werden die Palästinenser für den Verlust ihres Landes an die Siedlungen „entschädigt“, indem ihnen unfruchtbares Wüstengebiet zugeschlagen wird, um den Gazastreifen „auszuweiten“. Heute ist der Gazastreifen weitgehend unbewohnbar; Trump unterstützt Bemühungen, die Bewohner vollständig ins Ausland umzusiedeln, ein Plan der ethnischen Säuberung, der von Israel

begeistert unterstützt wird, . Israels „Fakten vor Ort“ verhindern die territoriale Kontinuität zwischen den palästinensischen Enklaven und sichern die israelische Kontrolle über die Bewegungsfreiheit der Palästinenser sogar innerhalb ihres eigenen „Staates“. Tatsächlich besteht Israel darauf, eine aktive und ständige militärische Präsenz innerhalb der Grenzen Palästinas aufrechtzuerhalten. Den Palästinensern wird auch die Grenze zu jedem arabischen Land verwehrt (die Grenze Gazas zu Ägypten wird weiterhin von Israel kontrolliert), was sowohl für die Souveränität der Palästinenser als auch für ihre wirtschaftliche Lebensfähigkeit fatal ist. Auf den Landkarten nicht verzeichnet ist Israels Beharren auf der Kontrolle über den palästinensischen Luftraum und seinen elektromagnetischen (Kommunikations-)Raum. Israel besteht auch darauf, seine „Sicherheit“ um jeden Preis aufrechtzuerhalten, einschließlich um den Preis der Unabhängigkeit Palästinas. Es beharrt daher auch nach „Frieden“ und „Normalisierung“ auf den folgenden Sicherheitskontrollen und definiert Sicherheit in so weit gefassten und übertriebenen Begriffen, dass jede Möglichkeit eines souveränen palästinensischen Staates praktisch ausgeschlossen ist. Denn Israels Militärdoktrin gegenüber den Palästinensern beruht auf folgenden Grundsätzen:

- Die Palästinenser sind Israels permanente Feinde und stellen eine permanente Sicherheitsbedrohung dar.
- Es wird keine Rückkehr zu den „unvertretbaren“ Waffenstillstandslinien von 1949 oder der Grünen Linie von 1967 geben, d. h. keine Beendigung der permanenten militärischen Kontrolle über die besetzten palästinensischen Gebiete.
- Israel wird weiterhin „verteidigungsfähige Grenzen“ zu den arabischen Staaten kontrollieren, was bedeutet, dass Israel die Kontrolle über die Grenzen des palästinensischen Staates behält. Israel muss auch die Kontrolle über den palästinensischen Luftraum und den elektromagnetischen (Kommunikations-)Raum behalten;
- Ein palästinensischer Staat muss entmilitarisiert sein und Israel muss die Sicherheitskontrolle behalten, einschließlich einer aktiven und ständigen militärischen Präsenz; Ein palästinensischer Staat wird keine

territoriale Kontinuität haben, sondern nur „Verkehrskontinuität“ unter israelischer Aufsicht. Das bedeutet, dass Palästinenser zwar von Jenin nach Hebron fahren können, ihre Bewegungsfreiheit jedoch durch israelische Kontrollpunkte und verschiedene Arten der Überwachung kontrolliert wird und Israel sich das Recht vorbehält, Palästinenser zu verhaften, wenn sie israelisches Gebiet durchqueren (z. B. zwischen Gaza und dem Westjordanland).

· Israel behält seine wichtigsten Siedlungen und die „Siedlungsblöcke“. · Israel muss die Außenpolitik der Palästinenser kontrollieren, insbesondere ihre Fähigkeit, Militärverträge abzuschließen. · Die Palästinenser müssen nicht nur den Staat Israel anerkennen, sondern ihn auch als „jüdischen Staat“ anerkennen – mit anderen Worten, sie müssen alle Ansprüche auf Palästina als nationale Heimat aufgeben und akzeptieren, dass es rechtmäßig den Juden gehört.

Obwohl die Flüchtlingsfrage weder für Trump noch für Netanjahu von Belang ist, ist sie für die Palästinenser von grundlegender Bedeutung. Der kleine, verstümmelte palästinensische Staat, den sie sich vorstellen, wird nicht nur unfähig sein, einen bedeutenden Teil der neun Millionen palästinensischen Flüchtlinge oder Binnenvertriebenen zurückzunehmen, sondern angesichts der Tatsache, dass 40 Prozent der Palästinenser innerhalb des künftigen palästinensischen Staates unter 15 Jahre alt sind, wird er auch Schwierigkeiten haben, seinen jüngeren Generationen eine wirtschaftliche Zukunft zu bieten.

Kehren wir zu unserer Checkliste der grundlegenden Voraussetzungen für eine echte Zwei-Staaten-Lösung zurück: Die Pläne von Trump und Netanjahu bleiben weit hinter diesen zurück. Wenn überhaupt, entsprechen sie Netanjahus Vorstellung von einer Zwei-Staaten-Lösung: einem israelischen Staat, dessen Siedlungen sich vom Fluss bis zum Meer erstrecken und einen palästinensischen „Staat minus“ umfassen, der, wenn nicht Souveränität, dann „Autonomie plus“ genießt. Ein neues Apartheidregime in der Welt.

Diejenigen, die die Zwei-Staaten-Lösung noch unterstützen – insbesondere Regierungen –, argumentieren, dass es möglich sei, die Siedlungen „zu umgehen“. Solange sie 22 % ihres historischen

Heimatlandes erhalten, so behaupten sie, könnten die nationalen Bestrebungen der Palästinenser befriedigt werden. Es geht jedoch nicht nur um Territorium, sondern um *hochwertiges* Territorium: Welche Bedingungen sind notwendig für die Gründung eines wirklich souveränen und lebensfähigen Staates, der in der Lage ist, Flüchtlinge zurückzunehmen und künftigen Generationen zu dienen? Der Verzicht auf Ostjerusalem und die gesamte westliche Hälfte des Westjordanlands, wo Israels größte Siedlungsstädte liegen, der Tausch des fruchtbarsten Landes Palästinas gegen ödes Land an der Grenze zu Ägypten, nur um die magischen 22 Prozent Palästinas zu erreichen, gibt den Palästinensern keinen echten Staat. Entweder verschwinden die Siedlungen oder die Besatzung wird durch ein palästinensisches Bantustan ersetzt. Sind unsere Regierungen bereit, sich für die israelische Apartheid einzusetzen?

Es ist klar, dass keine echte „Zweistaatenlösung“ in Arbeit ist, sondern eine Zweistaaten-Apartheid. Trump ist bestrebt, die Abraham-Abkommen zu vollenden, und besucht gerade Saudi-Arabien, Katar und die Vereinigten Arabischen Emirate, während dieser Text geschrieben wird. Wenn unsere Regierungen dennoch auf einer Zweistaatenlösung bestehen, ist es unsere Aufgabe, sie ehrlich und transparent zu halten. OK, zwei Staaten, aber nur, wenn der palästinensische Staat wirklich souverän, territorial zusammenhängend und wirtschaftlich lebensfähig ist. Wir müssen wachsam sein, damit die Zwei-Staaten-Apartheid nicht als gerechte Lösung verkauft wird. Wenn die Zwei-Staaten-Lösung schließlich sogar unseren politischen Führern als Betrug entlarvt wird, müssen wir bereit sein, eine wirklich gerechte Lösung voranzutreiben, die eine einzige Demokratie sein muss, die allen Menschen zwischen dem Fluss und dem Meer, einschließlich der zurückkehrenden Flüchtlinge, gleiche Rechte gewährt.

Jeff Halper ist US-amerikanisch-israelischer Friedensaktivist. Er war Professor für Anthropologie an den Universitäten Haifa und Beersheba. Halper ist Mitbegründer des Israelischen Komitees gegen Hauszerstörungen (ICAHN).

Die Verantwortung der Kirche für die Zukunft in Palästina/Israel

von Prof. Dr. Ulrich Duchrow

Der **zentrale Ansatzpunkt** für die Frage nach der Verantwortung der Kirche angesichts von Israels Entrechtung der PalästinenserInnen, ja Apartheid und Völkermord wurde schon 2020 von **Kairos Palästina und dem Global Kairos for Justice Netzwerk** im „**Schrei nach Hoffnung**“ definiert. Dort heißt es:

„Wir rufen alle ChristInnen und die Kirchen auf gemeindlicher, konfessioneller, nationaler und weltweiter ökumenischer Ebene auf, sich in einem Prozess des Studierens, Reflektierens und Bekennens zu engagieren. Es geht dabei um die historische und systemische Entrechtung des palästinensischen Volkes und um den Missbrauch der Bibel, mit dem viele diese Unterdrückung rechtfertigen und unterstützen. Wir rufen die Kirchen auf, darüber zu reflektieren, wie ihre eigenen Traditionen die heilige Pflicht zum Ausdruck bringen können, die Integrität der Kirche und des christlichen Glaubens in Bezug auf diese Frage aufrechtzuerhalten.“

Das heißt, es geht um **die Frage, ob Entrechtung, Apartheid und Völkermord einen sog. Status confessionis für die Kirchen weltweit darstellt**. Das heißt, es geht hier darum, ob bei diesem Handeln Israels das Kirchesein der Kirche und die Wahrheit des Evangeliums auf dem Spiel steht. Das heißt der Schrei nach Hoffnung knüpft an Bonhoeffers Aufsatz **Die Kirche vor der Judenfrage**, woran auch der **Lutherische Weltbund** anknüpfte, als er 1977 die Apartheid in Südafrika zur Frage des Status Confessionis erklärte.

Dietrich Bonhoeffer stellte in seinem Aufsatz von 1933 „Die Kirche vor der Judenfrage“ fest, dass die damalige bürgerliche und politische Entrechtung der Juden durch das Nazi-Regime und der Eingriff des Staates in Religionsangelegenheiten den status confessionis für Kirche

bedeute.¹ Hier handelt es sich nicht um eine sekundäre politische, sondern um eine Frage des Glaubens und der Integrität der Kirche, was die verschiedenen Traditionen verschieden ausdrücken, die reformatorischen mit dem Bekenntnisbegriff. **Was bedeutet diese Berufung** auf Bonhoeffer für das Verständnis der gewaltsamen Entrechtung der PalästinerInnen durch den Staat Israel, die Rechtfertigung dieses Unrechts mit der Bibel ?

In seinem Aufsatz „*Die Kirche vor der Judenfrage*“ entwickelt Bonhoeffer Kriterien für die Entscheidung der Kirche in solchen Fällen:²

„Hierbei sieht sie (die Kirche) den Staat nun freilich in doppelter Begrenzung. Sowohl ein *Zuwenig* an Ordnung und Recht als auch ein *Zuviel* an Ordnung und Recht zwingt die Kirche zum Reden. *Ein Zuwenig* ist jedes Mal dort vorhanden, *wo eine Gruppe von Menschen rechtlos wird* (Hervorhebung UD).“

Historisch ist zunächst festzustellen, dass es 1933 **noch nicht** um die **Judenvernichtung** ging, sondern um den Entzug bürgerlicher und politischer Rechte. Darum ist zu diesem Zeitpunkt der Vergleich mit analogen Situationen heute legitim. Was heißt im Fall Israel-Palästina „**zu wenig Staat**“, „**rechtlos**“ machen? Alle völkerrechtlichen Beschlüsse der UNO ignoriert und bricht Israel. Außerdem ist völkerrechtlich Apartheid als Verbrechen gegen die Menschheit nachgewiesen, wie besonders der **Amnesty-Bericht** ausführlich belegt.³

Im Blick auf das „**Zuviel**“ des Staates greift der israelische Staat zwar nicht direkt in die Verkündigung und Ordnung der Kirchen in Palästina ein⁴, aber er **begründet sein Unrechtshandeln mit der Bibel**, so dass

¹ BONHOEFFER, Dietrich: Die Kirche vor der Judenfrage (1933). DBW 12. München: Kaiser, 1997, S. 349-58.

² Bonhoeffer. a.a.O., 351f.

³ Vgl. <https://www.palaestina-portal.eu/Anlagen/Amnesty%20Internationa%20-%20ISRAELISCHE%20APARTHEID-%20deutsche%20Uebersetzung.pdf>

⁴ Die Behörden hindern allerdings nicht ausreichend radikale Gruppen, gegen Kirchen und ChristInnen vorzugehen. Vgl. den Protest der lokalen Kirchenführer: <https://en.jerusalem-patriarchate.info/blog/2021/12/13/statement-on-the-current-threat-to-the->

alle Kirchen betroffen sind. In diesem Rahmen ist es **unmöglich, das komplexe Problem des Bibelmisbrauchs durch den Zionismus** angemessen darzustellen.⁵

Es gab einen **gewaltfreien Zionismus**, wie der kanadische Historiker **Rabkin** zeigt.⁶ 1924 erarbeiteten die Verantwortlichen des alten Jischuv (die seit Jahrhunderten mit den Arabern zusammenlebenden Juden) und der Araber in Palästina ein *Memorandum*, das die JüdInnen in aller Welt einlud, nach Palästina zu kommen unter einer Bedingung, keine eigenen nationalstaatlichen Strukturen aufzubauen. Dies entspricht etwa der **Vision von Martin Buber**, einen binationalen Staat mit gleichen Rechten für alle aufzubauen (heute vertreten von *Omri Boehm*⁷). Der Unterhändler, der dies von der Mandatsmacht Großbritannien ratifizieren lassen sollte, wurde kurz vor der Abreise nach London von der **Haganah**, dem militärischen Arm des Arbeiterzionismus, aus dem der erste Ministerpräsident des Staates Israel, Ben Gurion, hervorging, ermordet. Ebenso wurde **Graf Bernadotte** umgebracht, als er die Umsetzung der UNO-Beschlüsse von Nov. 1947 zur Staatsgründung überwachen sollte. Schließlich wurde Ministerpräsident *Rabin* erschossen, als er eine friedliche Lösung entwickeln wollte. **Der Mörder** stammte aus der Tradition des radikalen religiösen Zionismus des **Rabbi Kahane**, der die PalästinenserInnen in Analogie zum biblischen Volk der **Amalekiter** sieht, als den zu vernichtenden Feind (wie es auch inzwischen *Netanyahu* formuliert). Aus der gleichen Tradition stammen **Ben Gvir**, jetzt Minister für nationale Sicherheit, sowie **Smotrich**, Finanzminister, im Kabinett Netanjahu. So sind die verschiedenen **militaristischen Traditionen**

christian-presence-in-the-holy-land-by-the-patriarchs-and-heads-of-local-churches-of-jerusalem/.

⁵ Vgl. SMITH, Robert O.: *More Desired than Our Own Salvation: The Roots of Christian Zionism*. Oxford: Oxford University Press, 2013; MASALHA, Nur: *The Bible & Zionism. Invented Traditions, Archaeology and Post-Colonialism in Israel-Palestine*. London/New York: Zed Books, 2007; VERLEGER, Rolf: *Hundert Jahre Heimatland? Judentum und Israel zwischen Nächstenliebe und Nationalismus*. Frankfurt/Main: Westend, 2017.

⁶ Vgl. Rabkin, aaO. 253ff. u. 424.

⁷ *Israel - Eine Utopie*. Berlin: Propyläen, 2020.

des Zionismus, die seit der Staatsgründung zur Herrschaft gekommen sind, vereint in der gegenwärtigen Regierung und **missbrauchen die Bibel für die Eliminierung der PalästinenserInnen**.⁸ Der **christliche Zionismus** missbraucht darüber hinaus das Neue Testament. Er ist unter christlichen Kriterien demnach sogar **Häresie**. **Also sowohl die gewaltsame Entrechtung des palästinensischen Volkes wie auch deren pseudobiblische Begründung dieses Unrechts bedeuten, dass die Kirche nach Bonhoeffer einen stat. Conf. feststellen und danach handeln muss.**

Viele Kirchen haben auf den *Schrei nach Hoffnung* positiv geantwortet, geradezu vorbildlich die **United Church of Christ** in den USA. Im Rahmen einer ausführlichen Antwort hat sie ein Bekenntnis formuliert, das die Theologische Erklärung von **Barmen von 1934 zum Vorbild** nimmt. Diese hatte sich gegen den NS und die Deutschen Christen gewendet, die Hitler unterstützten. Dieses Bekenntnis der UCC ist so vorbildlich, dass ich es ganz zitieren will.⁹

„1. **Wir bekräftigen**, dass die nach fünf Jahrzehnten fortgesetzte Unterdrückung des palästinensischen Volkes eine Angelegenheit von theologischer Dringlichkeit darstellt, dass sie als Verstoß gegen die Botschaft der Propheten und des Evangeliums eine Sünde ist und dass alle **Bemühungen der christlichen Gemeinde, die Unterdrückung des palästinensischen Volkes zu verteidigen oder zu rechtfertigen – sei es passiv oder aktiv, durch Schweigen, Wort oder Tat – eine grundlegende Leugnung des Evangeliums ist.**

Deshalb verwerfen wir die Ansicht, dass Israels Besetzung Palästinas ein rein politisches Problem außerhalb der Zuständigkeit der Kirche sei, oder dass die Unterdrückung des palästinensischen Volkes eine unvermeidliche Folge globaler oder regionaler geopolitischer Interessen sei. Hier wir also klar festgestellt, dass es im Fall von Israels

⁸ Die militaristische Tradition der Arbeiterpartei, die bedeutungslos geworden ist, hat der LIKUD, Netanjahus Partei, verschärft. AMAR-DAHL, Tamar: *Der Siegeszug des Neozionismus. Israel im neuen Millennium*. Wien: Promedia, 2023, nennt dies „Zivilmilitarismus“.

⁹ Ganzer Text: <https://kairoseuropa.de/wp-content/uploads/2021/08/UCC-Deutsch-Generalsynode-2021-Israel-Palaestina-Bekenntnis.pdf> (18.7.2021).

Unrechtshandeln an den PalästinenserInnen um eine **Bekenntnisfrage** für die Kirche geht.

2. *Wir bekräftigen*, dass das biblische Narrativ von der Schöpfungsgeschichte über die Berufung der Israeliten, die richtenden Mahnungen der Propheten, die Inkarnation Jesu und sein Dienen und das Zeugnis der Apostel „bis zu den Enden der Welt“ ... von Gottes Segen **für „alle Geschlechter der Erde“** (Gen 12,3) spricht. *Deshalb verwerfen wir jede Theologie oder Ideologie wie den christlichen Zionismus*, die Substitutionslehre, den Antisemitismus oder antiislamische Voreingenommenheit, die ein Volk, eine “Rasse“, eine Kultur oder Religion hinsichtlich Gottes universaler Gnadenordnung privilegieren oder ausschließen.

Dieser 2. Artikel des Bekenntnisses darf also **nicht** missverstanden werden als eine Stellungnahme **gegen das Judentum**, das dann auf Partikularismus eingeengt würde. Es wird ausdrücklich auf die hebräische Bibel Bezug genommen. Und kritische Juden und Jüdinnen wehren sich gerade ebenfalls mit diesem universalistischen Verständnis des Judentums gegen die rassistische Verdrehung desselben durch den Zionismus.

3. *Wir bekräftigen*, dass alle in Palästina und Israel lebenden **Menschen nach dem Bilde Gottes** geschaffen sind und dass ihnen dies unbedingte Würde und Heiligkeit verleiht.

Deshalb verwerfen wir jegliche Gesetze und Rechtsvorschriften, die seitens einer ethnischen Gruppe, Religion oder politischen Instanz benutzt werden, einem Volk eine privilegierte Rechtsstellung auf Kosten eines anderen Volkes zu sichern, Israels System der **Apartheid** per Gesetz und Rechtsverfahren inbegriffen.

Die UCC benennt also klar die **Apartheid** – anders als die deutschen Kirchen, knüpft also an die bekenntnismäßige Verwerfung der Apartheid in Südafrika durch LWB und RWB an. Wichtig dabei ist allerdings der **Unterschied** zwischen damals und heute. Die südafrikanische Apartheid zielte auf **Ausbeutung**, die israelische auf

siedlerkolonialistische **Eliminierung** der PalästinenserInnen, was viel schlimmer ist.

4. *Wir bekräftigen*, dass alle **Völker ein Recht auf Selbstbestimmung** und Anspruch auf Souveränität und Staatlichkeit zur Gestaltung ihres gemeinschaftlichen religiösen, kulturellen und politischen Lebens haben, frei von Beeinflussung und Druck seitens auswärtiger Mächte, und dass eine Lösung gegensätzlicher Ansprüche nur durch gleichwertigen Schutz der Bürgerrechte, die faire und gerechte Aufteilung von Land und Ressourcen und durch friedliche, auf dem Völkerrecht und den Resolutionen der UNO basierende Verhandlungen erreicht wird.

Deshalb verwerfen wir den Gebrauch der Schrift, um göttliches Recht auf Landbesitz als Begründung für Israels Inbesitznahme und Annexion palästinensischen Gebietes zu beanspruchen, ebenso wie das Ansinnen eines sogenannten Friedensabkommens durch Israel oder durch die Vereinigten Staaten unter Ausnutzung politischer und militärischer Überlegenheit, das den Palästinensern Gleichberechtigung, eine vollwertige Staatsbürgerschaft und die Chance, sich religiös, kulturell, politisch und ökonomisch zu entfalten, verwehrt.

Dies verwirft also einen weiteren Missbrauch der Bibel. Das beste Buch zum biblischen Umgang mit der Landfrage ist **Munther Isaacs** Doktorarbeit, die er in seinem von uns übersetzten Buch *„Die andere Seite der Mauer Eine Palästinensische Erzählung von Klage und Hoffnung“* in Deutsch zusammengefasst hat (s. **Pause**).¹⁰

5. (**Zusammenfassen**) *Wir bekräftigen* in Übereinstimmung mit der Resolution 194 der UNO Vollversammlung (1948), dass die palästinensischen **Flüchtlinge** das Recht haben, in ihre Heimat

¹⁰ Vgl. ISAAC, Munther: *From land to lands, from Eden to the renewed earth: a Christ-centred biblical theology of the promised land*. Carlisle/UK: Langham Monographs, 2015, und ders., *Die andere Seite der Mauer Eine Palästinensische Erzählung von Klage und Hoffnung* (Vorwort von Konrad Raiser). Berlin: Aphorisma, 2021.

zurückzukehren, so sie dies wollen, oder Kompensation für den Verlust von Eigentum zu beanspruchen.

Deshalb verwerfen wir die Verweigerung dieses Rechts und ebenso die Versuche, die international vereinbarte Definition des Flüchtlingsstatus zu manipulieren, um damit zu versuchen, dieses die Generationen übergreifende Recht abzuschaffen.

Diese Frage wird in Deutschland totgeschwiegen oder aktiv unterdrückt mit dem Argument: Dann würden die Juden in Israel eine Minderheit werden.

6. **(kürzen)** *Wir bekräftigen*, dass der Erste Zusatzartikel der US-amerikanischen **Verfassung das Recht der Rede- und Versammlungsfreiheit** beinhaltet, gegen Maßnahmen des Staates Israel zu protestieren und die Rechte der Palästinenser zu unterstützen, einschließlich des Gebrauchs wirtschaftlicher Mittel um der Gerechtigkeit im Sinne des Ersten Zusatzartikels willen; das umfasst auch die Unterstützung der Bewegung für internationalen Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS) durch einzelne Personen, Institutionen, Unternehmen und religiöse Körperschaften, die für gerechten Frieden eintreten, ebenso wie irgendeine Beteiligung am Gebrauch ökonomischer Mittel zur Förderung von Gerechtigkeit.

Deshalb verwerfen wir die Auffassung, dass jede **Kritik der Politik des Staates Israel per se antisemitisch** ist, wohl wissend, dass manche Kritik mit antisemitischer Absicht oder Wirkung erfolgt, und wir widersprechen den Bemühungen der US Bundesregierung und Regierungen von Bundesstaaten, die freie Rede auf Universitätsgeländen einzuschränken und die Unterstützung der internationalen Bewegung für Boykott, Desinvestition und Sanktionen (BDS) zu behindern oder zu verbieten.“

So klare Worte wären auch von den deutschen Kirchen nötig. Denn die **Unterdrückung der palästinensischen Stimmen** und auch der Solidarischen nimmt hier zunehmend grundgesetzwidrige Züge an. Ich habe dazu ein eigenes Kapitel geschrieben in unserem Buch

„**Religionen für Gerechtigkeit**“ (ein paar Exemplare)¹¹ Aber von einem solchen Bekenntnis können wir im Blick auf die *deutschen Kirchen* nur träumen. Nur der Bischof einer einzigen deutschen Kirche antwortete 2020 auf den *Schrei nach Hoffnung*, nämlich der badische, Jochen Cornelius-Bundschuh.¹² Die **EKD** beruft sich nach wie vor auf die Stellungnahme der **EMOK**.¹³ Diese ist aber angesichts von Apartheid und Völkermord in ihrem Versuch, in einem total asymmetrischen Konflikt „ausgewogen“ zu sein, völlig überholt. Ihre „**Kirchentheologie**“ (**SA Kairos**) setzt sich fort in dem „**Impulspapier**“ mit

„**Leitgedanken und Thesen**“ der fünf Kirchen an Rhein und Ruhr zur Verteidigung der deutschen Position vor der Vollversammlung des ÖRK in Karlsruhe 2022.¹⁴ Wir haben vom Kairos Palästina Netz kritischen **Rückfragen** an dieses Papier gestellt. Darin heißt es u.a.:

„Die Formulierungen „auf der einen Seite – auf der anderen Seite“ zeigen, dass die Kirchen an Rhein und Ruhr in diesem Dokument durchgehend den Eindruck erwecken, es handele sich um einen „Konflikt“ zwischen gleichrangigen Partnern. Auf jeden Fall sind auch die Raketen der Hamas klar abzulehnen (weil sie nicht zwischen Kombattanten und Zivilbevölkerung unterscheiden, was völkerrechtlich beim Widerstandsrecht, das Gewalt einschließt, das Kriterium für Legitimität ist). Aber die israelischen „Neuen Historiker“ haben seit Jahrzehnten nach Öffnung der Militärarchive dokumentiert, dass die

¹¹ Vgl. DUCHROW, Ulrich/Braverman, Mark (ed.): Religionen für Gerechtigkeit in Palästina-Israel Band 2: Ökumenische Antwort auf Völkerrechtsverletzungen und Apartheid. Otterstadt/Speyer: Stiftung Hirschler, 2023.

¹² Abgedruckt in KAIROS Palästina-Solidaritätsnetz (ed. U. Duchrow): *Der palästinensische Schrei nach Hoffnung und die Antwort der Kirchen – Auf dem Weg zur ÖRK-Vollversammlung*. Otterstadt/Speyer: Stiftung Hirschler, (2021) 2. Aufl. 2023.

¹³ Vgl.

https://www.ekd.de/ekd_de/ds_doc/2017_Israel_Palaestina_Positionsbestimmung.pdf.

¹⁴ Vgl. die kritischen Rückfragen an dieses Papier: Vgl. <https://kairoseuropa.de/wp-content/uploads/2022/02/KPS-Rueckfragen-des-Netzes-an-Leitgedanken-der-Kirchen-am-Rhein.pdf>.

zionistischen Kräfte seit vor der Ausrufung des Staates Israel mit überlegener militärischer Gewalt und unterstützt oder mindestens geduldet von den westlichen Mächten und damals auch der Sowjetunion die Palästinenser gewaltsam vertrieben haben und diese Vertreibung danach als Staat Israel fortsetzten.....“ - mit extrem asymmetrischer Gewalt.

Wer die Realität dieser Gewalt in Zahlen lesen will und was sie völkerrechtlich bedeutet, sollte das aktuelle Buch dazu lesen: Helga BAUMGARTEN, /Norman Paech: *Völkermord in Gaza Eine politische und rechtliche Analyse*. Wien: Promedia, 2025.

Hier die **Fakten**:

I. 1. **Medizid: die Zerstörung des Gesundheitssektors.** Dazu gehören: **Der Mord an ÄrztInnen, KrankenpflegerInnen und PatientInnen**, bis Januar 846 an der Zahl, und über 1300 Verletzte. Ärzte werden auch vom Operationstisch weg verhaftet und in die **Foltergefängnisse** verschleppt. **7 Ärzte** wurden dort bis Januar bereits zu Tode gefoltert. Krankenwagen wurden gezielt angegriffen. Alle Krankenhäuser in Gaza wurden ganz oder teilweise zerstört. Das **begründet Israel mit** der Desinformation, dass sich **Hamas** unter Krankenhäusern versteckt. Israel hat dafür aber keinen Beweis vorgelegt. Es geht hier vielmehr um das zentrale Anliegen des zionistischen **Siedlerkolonialismus**: möglichst viele Menschen der indigenen Bevölkerung zu **eliminieren**.

II. Gezielte Angriffe auf **Journalistinnen**, damit die Welt möglichst wenig über diese Gräueltaten erfährt. 232 Journalistinnen wurden bisher ermordet – mehr als in irgendeinem .

III. anderen Krieg bisher (zum Vergleich: in beiden Weltkriegen zusammen wurden nur 70 insgesamt gezielt getötet). Sie haben richtig gehört: Israel hat dreimal mehr JournalistInnen gezielt getötet als dies in 2 Weltkriegen geschah)

IV. **Scholastizid**, dh. bis Sept. 2024 hat Israel **mehr als 500 ProfessorInnen und LehrerInnen** und **mehr als 10.000 Studierende und SchülerInnen** getötet. Ebenso hat es die gesamte akademische

V. Infrastruktur zerstört und alle **mehr als 30 Universitäten und Colleges** entweder zerbombt oder gesprengt. Und seit eineinhalb Jahren gibt es **keinen Schulunterricht** für die Kinder, ja Schulen werden auch als Zufluchtsstätten der Bewohner zerstört.

VI. **Kultureller Völkermord:** Hier geht es um die **Ermordung von SchriftstellerInnen und bildenden KünstlerInnen sowie MusikerInnen**, um Zerstörung aller Bibliotheken und geschützten Kulturstätten. Kultureller Völkermord bezeichnet einen wesentlichen Schritt zur **Zerstörung einer Nation als Kollektiv**.

VII. Systematische **Ermordung von Kindern**, viele von ihnen mit gezielten Kopfschüssen. Etwa 20. 000 der über 50.000 in Gaza ermordeten PalästinenserInnen sind Kinder, darunter fast 800 Babys.

Und 9000 palästinensische Gefangene, zum großen Teil ohne Gerichtsverfahren als Geiseln genommene Menschen, werden täglich entwürdigt, entmenschlicht und gefoltert in einem Netz von Foltergefängnissen. Dazu lese man den erschütternden Bericht der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem mit dem Titel „Welcome to Hell: The Israeli Prison System as a Network of Torture Camps“ (Willkommen in der Hölle: das israelische Gefängnisssystem als Netzwerk von Folterlagern)

Und inzwischen weiß man auch einiges über die **weitere Strategie Israels**:

Das **Ziel ist klar: Mehr als zwei Millionen Einwohner sollen aus Gaza vertrieben**, der Küstenstreifen zur Vorbereitung der israelischen Neu-besiedlung ethnisch gesäubert werden.

Es besteht **also eine extreme Asymmetrie der Macht**. Die Kirchen folgen mit ihrer Ausgewogenheit der zur Abwehr von Kritik entwickelten Überbetonung der These, **Israels Existenz sei von außen gefährdet**. In der Tat gibt es feindliche Mächte in der Region wie **Iran**. Aber Israel stellt die haushoch überragende militärische Regionalmacht dar, die als einzige in der Region über Atomwaffen verfügt und zudem von der Supermacht **USA** nicht nur allgemein unterstützt wird, sondern **jährlich 3.8 Mrd. \$ Militärhilfe** und geopolitische Flankendeckung erhält.

Warum folgen die Kirchen nicht den jüdischen und israelischen Stimmen, die **Israels Existenz** dadurch **gefährdet** sehen, dass dieser

Staat **jüdische Werte** verrät und auf Gewalt baut? **Gewiss** gab es in der Vergangenheit **Versuche** von Friedenspolitik wie die des früheren Ministerpräsidenten **Rabin**, aber seine Ermordung zeigt, wie stark die Gegenkräfte waren und noch immer sind.

☞Das Impulspapier der Kirchen an Rhein und Ruhr fährt fort: *Hierzulande bildet sich das Konfliktfeld Nahost in einer Polarisierung der Gesprächssituationen ab. Diffamierungen, Zuschreibungen und Ausgrenzungen beherrschen das Bild, statt aufeinander zu hören und im Dialog Lösungsansätze und mögliche Kompromisse auszuloten.*

Unser **Netz fragte** und ich frage jetzt: „Ist den Kirchen an Rhein und Ruhr bewusst, dass es sich hier nicht nur um eine „Abbildung“ der Polarisierung in

Nahost handelt, sondern auch um eine **von der israelischen Regierung international gezielt herbeigeführte Vergiftung**? Seit 2009, nachdem die Initiative für Boykott, Disinvestment und Sanktionen (BDS) internationale Aufmerksamkeit erreichte, entwickelte Israel im Ministerium für strategische Angelegenheiten ein Propaganda Programm (hebr. **Hasbara**). Dieses hatte ein jährliches Budget von 100 Mill. Shekel und errichtete „Institute“ wie das Mena-Institut in Wien, warb Personen, besonders unter Studierenden an Universitäten, an, bezahlte JournalistInnen usw. Es ist sehr wichtig, diesen Hintergrund für manche unnötige Polarisierung zu kennen. Sodann sagt das **Impulspapier**:☞“ **'Apartheid', 'ethnische Säuberung', 'Rassismus', 'Kolonialismus', 'Genozid'** werden leicht zu Etikettierungen, die differenzierte Analytik ersetzen.“

Das ist absurd: **Gerade diese Begriffe** werden in vielen Büchern und Berichten mit „differenzierter Analytik“ bearbeitet. Ja, es handelt sich hier um die zentralen Begriffe und Sachverhalte, die in der gegenwärtigen internationalen Debatte im Vordergrund stehen, wie das genannte Buch von *Baumgarten und Paech* ausdrücklich sagt: „Drei Begriffe sind es, die sowohl die aktuelle wissenschaftliche Diskussion als auch, zumindest punktuell, den politischen Diskurs um die Nakba

bestimmen: Siedlerkolonialismus, ethnische Säuberungen und Apartheidsystem.“¹⁵.....

Auch im Blick auf die **Strategie** ist das kirchliche **Impulspapier** zu kritisieren: Erneut wird **BDS** mit fragwürdigen Argumenten abgelehnt. Niemand muss jeden Teil von BDS gutheißen. Viele beschränken sich auf den Boykott von Waren aus den besetzten Gebieten, also von Firmen, die von der Besatzung profitieren. **Die EU** verlangt offiziell die Kennzeichnung dieser Waren. Es ist also keineswegs verwerflich, KonsumentInnen zu ermöglichen, solche Waren nicht zu kaufen und dazu aufzurufen. Im Blick auf BDS allgemein sollte als Grundlage der Beurteilung anerkannt werden: BDS fordert nichts anderes als die *Einhaltung der UN-Beschlüsse*, also des Völkerrechts und der Menschenrechte:

1. **Beendigung der Besatzung** und Kolonisierung allen 1967 besetzten arabischen Landes und Niederreißen der Mauer;
2. **Anerkennung der Grundrechte** der arabisch-palästinensischen BürgerInnen Israels auf vollständige Gleichberechtigung;
3. Achtung, Wahrung und Unterstützung des Rechts der palästinensischen **Flüchtlinge**, wie in UN-Resolution 194 festgelegt, auf Rückkehr zu ihren Wohnstätten und Schadensersatz bei Verlust oder Beschädigung ihres Eigentums oder auf Entschädigung für den Fall, dass sie nicht zurückkehren wollen.

Außerdem handelt es sich u.E. um eine **Falschdarstellung**, wenn behauptet wird, dass der BDS-Boykott „unterschiedslos ein gesamtes Kollektiv trifft und jegliche Kooperation mit Israelis ausschließt“. Die offizielle Version lautet: „*BOYCOTTS involve withdrawing support from Israel's apartheid regime **complicit** Israeli sporting, cultural and academic institutions, and from all Israeli and international companies engaged in violations of Palestinian human rights*“ Es geht also nur um

¹⁵ Vgl. BAUMGARTEN, Helga: Kein Frieden für Palästina. Der lange Krieg gegen Gaza. Besatzung und Widerstand. Wien: Promedia, 2021, 32; und dies., nun mit dem zusätzlichen Begriff Völkermord: zusammen mit Paech, Norman: *Völkermord in Gaza Eine politische und rechtliche Analyse*. Wien: Promedia, 2025..

solche Sport-, Kultur- und akademische Einrichtungen, die direkt den Staat vertreten oder mit ihm direkt oder indirekt verbunden sind. Die Mehrheit von BDS-UnterstützerInnen boykottiert nicht z.B. israelische AkademikerInnen, JournalistInnen, KünstlerInnen usw., die in kritischer Unabhängigkeit arbeiten. Dass außerdem das Impulspapier wieder den **Bezug zum Nazi-Boykott von Juden** herstellen, stellt gewaltfreie Gandhi-Methoden im Blick auf die Durchsetzung internationalen Rechts im Staat Israel auf die gleiche Stufe wie Hitlers Verbrechen gegen das jüdische Volk.....“

Die **deutschen Kirchen sollten also wie die UCC** und viele andere Kirchen **BDS** unterstützen, gerade weil es hier um gewaltfreien Widerstand geht.

Die **Ablehnung des christlichen Zionismus** in dem Kirchenpapier ist zu begrüßen. „Es ist zu begrüßen, dass die Kirchen **damit implizit von dem Synodenbeschluss der Rheinischen Kirche von 1980 abrücken**, der feststellte: „Die Einsicht, daß die fortdauernde Existenz des jüdischen Volkes, seine Heimkehr in das Land der Verheißung und *auch die Errichtung des Staates Israel Zeichen der Treue Gottes* gegenüber seinem Volk sind“ (Hervorh. Netz). **Noch 2020** berief sich die Rheinische Kirche auf jenen Beschluss von 1980, um so die **Ablehnung von Boykott, Divestment und Sanktionen (BDS) mit der Treue Gottes zu begründen**.¹⁶ Wohlgedenkt, es geht hier **nicht** um Gottes **Treue zu seinem ersterwählten Volk**, sondern um Gottes angebliche Treue zum Staat Israel. Bei solchen Formulierungen muss man sich vor Augen halten, dass **für Palästinenser die Errichtung des Staates Israel Vertreibung und Unrecht bedeutet**. Da dies in der **Synodenentscheidung als allgemeine Einsicht**, und nicht etwa als Meinung oder Glaubensaussage behauptet wird, bedeutet dies, dass danach **alle Menschen einsehen müssen**, dass die ethnische Säuberung von einer drei Viertel Million PalästinenserInnen und ihre seitherige Flüchtlingsexistenz samt geschehener Massaker und Zerstörung von 530 Dörfern und mehrerer Städte während der Nakba sowie der fortdauernde Landraub, willkürliche Verhaftungen und

¹⁶

vgl. <https://bdsmovement.net/what-is-bds>.

Folterungen selbst von Kindern alles Zeichen der Treue Gottes sind. Was wären die biblischen Grundlagen für solche „Einsichten“?

Was bedeutet hier **Jesu Wort**, dass die **Sanftmütigen das Land** erben werden? Und was sagen solche Juden zu diesen Behauptungen, die nicht zu

den gewalttätigen Zionisten gehören? **Sind die Kirchen bereit, diese Fragen** nicht nur implizit anzusprechen wie hier, sondern sie offen und **theologisch grundlegend an die Rheinische Kirche** und an sich selbst **zu stellen?.,....**

Und **weiter muss man fragen:** „Wieso werden hier nicht die **konkreten Verstrickungen der westlichen Kirchen, insbesondere in Deutschland** genannt? Noch einmal: **nur durch die bedingungslose politische Unterstützung und Finanzierung Israels durch den Westen** kann dieser Staat die Unterdrückung der PalästinenserInnen umsetzen. **Daher sind die Kirchen** in diesen Ländern durch ihr **Schweigen** zu dieser Tatsache direkt mitverantwortlich und **mitschuldig....**“

Zusammenfassend ist zu dem Impulspapier zu sagen: „Hinter dem **Lavieren dieses gesamten Textes** wird ein **Grundproblem** deutlich: Der Mehrheit der Deutschen – nicht nur in den Kirchen – ist überhaupt **nicht bewusst, dass wir eine doppelte Schuld(geschichte) haben.** Wir haben uns auf die offensichtliche Schuld des Genozids an den Juden konzentriert. Damit beschäftigt, haben wir übersehen, dass dieser **Genozid an den Juden auch die Nakba**, die Katastrophe für das palästinensische Volk, mit verschuldet hat. Es wurde schon gesagt, dass bis zum deutschen Genozid an den Juden der Zionismus mehrheitlich von jüdischen Menschen abgelehnt wurde.

Erst mit diesem Menschheitsverbrechen und seinen Folgen änderte sich das verständlicherweise Schritt für Schritt, weil das Faktum eines Staates die Möglichkeit bot, vor Antisemitismus und Verfolgung dorthin zu emigrieren. Gleichzeitig ließen die **Schuldgefühle des Westens diesen die Augen vor der Art und Weise verschließen, mit welchen Methoden dieser Staat zustande kam.** Niemand kümmerte sich darum, als **zionistische Terrorgruppen schon vor der Staatengründung** begann, unter den Augen der Engländer die **PalästinenserInnen zu vertreiben, Massaker anzurichten und die**

palästinensischen Dörfer dem Erdboden gleich zu machen. Das heißt, **Deutschland ist historisch gesehen wesentlich mitschuldig an der Katastrophe (nakba)** des palästinensischen Volkes. Indem es nun außerdem zusammen mit den USA und der EU bedingungslos den status quo nur rhetorisch kritisiert und im übrigen Israel politisch und im großen Stil finanziell unterstützt, ja, sogar militärisch mit ihm zusammenarbeitet, macht es Besatzung und tägliche Menschenrechtsverletzungen möglich und wird so immer tiefer in diese Schuld verstrickt.

Können die deutschen Kirchen vielleicht **von Schwesterkirchen wie den US- und englischen lernen**, Regierung und Öffentlichkeit aufzufordern, die **Zusammenarbeit mit Israel an die Einhaltung des Völkerrechts und der Menschenrechte zu binden**? Dann würden sie ihrer doppelten historischen

Verantwortung gerecht – nicht nur um der Menschen in Palästina, sondern gerade auch um der in Israel willen.“

Wie könnte man die Anpassung der deutschen Kirchen an die politischen Machtstrukturen und ihr dadurch verursachtes Schweigen und kirchentheologisches Lavieren verändern? Das KPS sendet kontinuierlich die Kritik und die **Aufrufe** der palästinensischen Geschwister aus den Partnerkirchen in Palästina **an die Kirchenleitungen** – leider bisher völlig ohne Erfolg. Die Situation lässt sich u. E. **nur ändern, wenn Gemeinden** von unten beginnen, Druck zu machen. Dazu versucht das **KPS** beizutragen, indem wir dazu aufrufen, **vierteilige Gemeindeseminare** zu organisieren und indem wir auch dies selbst tun – am besten noch **verbunden mit der Organisation von Besuchen** bei den Partnerkirchen in Palästina. Denn nichts motiviert mehr als die konkrete Erfahrung der katastrophalen Lage im Heiligen Land. Dazu haben wir eine **Schriftenreihe** veröffentlicht, die die Grundinformationen für die Seminare bietet, ebenso **ein Buch zur Vertiefung**. Dieses **Material will ich kurz vorstellen**. Sie finden es auch auf den **Flyern**, die auf Ihren Plätzen liegen. Ich werde nach dieser Veranstaltung **in der Kaffeepause** auch eine kleine Anzahl der dort vorgestellten Schriften verbilligt anbieten. Danach können Sie das Material auch beim **Palmyraverlag in Heidelberg** bestellen, weil der Verlag Hirschler z.Zt. aus Krankheitsgründen nicht liefern kann.

Der **Hintergrund dieser Schriftenreihe ist folgender:** Der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) hat 2022 in seiner **Vollversammlung in Karlsruhe** sich selbst und die Kirchen aufgefordert, sich intensiv mit den Berichten von Menschenrechtsorganisationen und der UNO auseinanderzusetzen, Israel sei ein **Apartheidstaat**. Sie sagen, das Leiden der Palästinenserinnen und Palästinenser und mit ihnen auch unserer christlichen Brüder und Schwestern dort beruhe auf diesem Verbrechen gegen die Menschlichkeit.¹⁷

(Anmerkung auch gekürzt vortragen) Das stößt sich an der Tatsache, dass in **Deutschland** eine kritische Beschäftigung mit der Realität des Staates Israel mit dem Begriff Staatsraison zu einem Tabu gemacht wird. Diese Verdrängung der zweiten Hälfte der deutschen Schuld und Mit-Verantwortung als kulturelle Gewalt ist von Anfang an in der BRD zu beobachten. Auch darüber gibt es eine neue Studie: Daniel **Marwecki**: *Germany and Israel – Whitewashing and Statebuilding*.¹⁸ Er zeigt, wie die gesamte Verständigung zwischen Adenauer

¹⁷ „Kürzlich haben zahlreiche internationale, israelische und palästinensische Menschenrechtsorganisationen und juristische Instanzen Studien und Berichte veröffentlicht, in denen steht, die Politik und die Maßnahmen Israels liefen auf '**Apartheid**' im völkerrechtlichen Sinn hinaus. Innerhalb dieser Vollversammlung unterstützen einige Kirchen und Delegierte den Gebrauch dieses Begriffs nachdrücklich und machen geltend, er erkläre die Realität der Menschen in Palästina/Israel sowie die Position unter dem Völkerrecht zutreffend, während andere den Begriff unangemessen, nicht dienlich und schmerzhaft empfinden. Wir sind in dieser Hinsicht nicht einer Meinung. *Wir müssen uns nach wie vor mit diesem Problem befassen, während wir auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens weiterhin zusammenarbeiten. Wir beten, dass der ÖRK fortfährt, sichere Orte für Gespräche und Zusammenarbeit für seine Mitgliedskirchen bereitzustellen, im Streben nach Wahrheit und für die Arbeit für einen gerechten Frieden unter allen Menschen in der Region.* (<https://www.oikoumene.org/de/resources/documents/seeking-justice-and-peace-for-all-in-the-middle-east>)

¹⁸ London: Hurst & Co, 2020, erscheint auf Deutsch 2024 bei Wallstein.

und Israel darauf beruhte, dass sich Deutschland mit dieser Hervorhebung der Wiedergutmachung gegenüber den Juden **von der Schuld reinwaschen und so wieder Teil der westlichen Imperiums** werden wollte. Besonders wichtig für die deutsche Mitverantwortung für die Situation der PalästinenserInnen ist die Tatsache, dass Deutschland – damals vor der Öffentlichkeit geheim gehalten – die Wiedergutmachung vor allem dadurch leistete, dass es **das israelische Militär aufbaute**, bevor die USA diese Rolle 1967 übernahmen. Das heißt: „The military force displayed by Israel in the decisive Six-Day-War could not have been developed to this level without the FRG’s prior support“ (ebd. 21). Also **auch die Besetzung Palästinas seit 1967 kam mit deutscher Hilfe zustande**. Und **heute ko-finanziert Deutschland die Besetzung** (ebd. 211 u. 229) – und hat seit dem 7. Oktober seine **Waffenlieferungen verzehnfacht**.

Nach Charlotte Wiedemanns Buch ***Den Schmerz der Anderen begreifen. Holocaust und Weltgedächtnis***¹⁹ hat das gravierende Auswirkungen auf die Gedenkkultur in Deutschland: „Jüdische Geschichte wird auf Zionismus verengt“, die historische und aktuelle Vielfalt des Judentums nicht wahrgenommen. „Offensichtlich gibt es ein deutsches Bedürfnis, sich mit Israel und dem Zionismus auf eine so unbedingte Weise zu identifizieren, dass anders meinenden Juden gesagt werden darf, sie seien für eine neue ‚Endlösung‘“ (255). „Wir erlösen uns, indem wir uns mit den Opfern identifizieren...“ (268). Dagegen setzt sie „den Schmerz der Anderen begreifen“ – der palästinensischen und jüdischen Menschen gegenseitig.²⁰

Ähnliches wie in der deutschen Politik und Gesellschaft diagnostiziert der jüdische Befreiungstheologe **Marc Ellis** für die Entwicklung des

¹⁹ Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2022, 241f.

²⁰ Vgl. schon BASHIR, Bashir/Goldberg, Amos: *The Holocaust and the Nakba A New Grammar of Trauma and History*. New York: Columbia University Press, 2018.

christlich-jüdischen Dialogs.²¹ Er würdigt das Bemühen von Christen in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg, für die Sünde des Antijudaismus und der Shoa Buße zu tun, als „notwendig und revolutionär“. Diese Annäherung forderte aber praktisch Opfer: Das palästinensische Volk. So wurde **aus dem Dialog vielfältig ein Deal**: „Ihr Christen tut Buße für Eure Sünden, ihr steht fest zu Israel und ihr schweigt über die Palästinafrage. Schweigen über die Palästinenserfrage wird gefordert, andernfalls werden Christen beschuldigt, dass sie wieder zum Antisemitismus zurückgekehrt seien, den sie gerade aufgegeben hatten“ (132).

Dieser **komplexe Hintergrund bedeutet für uns als Gemeinden und Kirchen**, dass **nur eine sehr gründliche Befassung** mit der Thematik dieser Situation gerecht wird, um klare Vorstellungen und Handlungsmöglichkeiten zu entwickeln. Wir schlagen deshalb vor, in Gemeinden und/oder Bezirken

vierteilige Seminare anzubieten. Wir haben für jeden dieser Teile ein Materialheft vorbereitet. Wir bieten auch Hilfe bei der Suche nach (auch jüdischen und palästinensischen) ReferentInnen an. Nun zum Material im Einzelnen:

Heft 1: **Der palästinensische „Schrei nach Hoffnung“ und die Antwort der Kirchen** – Auf dem Weg zur ÖRK-Vollversammlung.

(Hier stehen die reale Situation in Palästina-Israel und deren theologische Bedeutung sowie die Antworten anderer Kirchen auf den „Schrei nach Hoffnung“ zur Diskussion, die für die deutschen Kirchen ein Vorbild sein können. Daraus habe ich bereits die Antwort der UCC/USA vorgestellt.)

- Sitzung 2/Heft 2: **Das System der Apartheid in Israel** – Ein dringender Aufruf an die Kirchen in aller Welt, Gerechtigkeit zu üben.

(Hier geht es um die völkerrechtliche Darstellung, die theologische Deutung und kirchliche Handlungen zur Apartheid)

²¹ ELLIS, Marc: Bűßer als Machtmenschen. In: DUCHROW, Ulrich/ULRICH, Hans G. (Hrsg.): *Religionen für Gerechtigkeit in Palästina-Israel - jenseits von Luthers Feindbildern*. Münster : Lit, 2017, S. 128-157.

- Sitzung 3/Heft 4: **Zionismus und die Kirchen. Eine Stellungnahme.** (Welche Form des Zionismus bietet die ideologische Basis der Apartheid und wie ist damit theologisch-kirchlich umzugehen?)

- Sitzung 4/Heft 3: **Wie können Kirchen in USA und Europa helfen, Völkerrecht und Menschenrechte in Palästina/Israel durchzusetzen?** – Texte im Zusammenhang der Vollversammlung des Ökumenischen Rats der Kirchen in Karlsruhe. (Hier werden die Folgerungen für das kirchliche Handeln gezogen – insbesondere die Notwendigkeit, die Regierungen aufzufordern, alle Zusammenarbeit mit dem Staat Israel an dessen Erfüllung des Völkerrechts zu binden. In Deutschland wäre natürlich als erstes anzumahnen, sofort die Waffenlieferungen einzustellen, so lange Israel Völkermord betreibt.).²²

- Dazu kommt das **5. Heft** angesichts der Gewalt in Gaza: DUCHROW, Ulrich mit EL BULBEISI, Sarah/ HEVER, Shir: **Gewalt gegen Palästinenser. Der Gazakrieg, seine Vorgeschichte, Deutschlands Rolle und die notwendige Antwort der Kirchen.** Otterstadt/Speyer: Stiftung Hirschler, 2024. (Darin beschreibt der jüdische kritische Ökonom, die **Vorgeschichte des Gazakriegs und die Rolle Deutschlands**, die schweizerisch-palästinensische Autorin Sarah El Bulbesi gibt eine Kurzfassung ihrer Doktorarbeit über die **symbolische Gewalt**, die in der Schweiz und besonders Deutschland gegen die Palästinenser ausgeübt wird und die das Trauma der physischen Gewalt bei der Vertreibung reaktiviert. Mein Beitrag geht um den am Anfang geschilderten **Bekenntnisprozess angesichts der gewaltsamen Entrechtung des palästinensischen Volkes.**

Wenn man das Gesagte **zusammenfasst**, könnte man an die Kirchen und Gemeinden folgende **Forderungen** stellen.

1. **Nehmt intensiv an dem weltweiten ökumenischen Bekenntnisprozess teil** – z.B. durch die Seminare und synodale Entscheidungsprozesse.

²²

Informationen auf: <https://kairoseuropa.de/wp-content/uploads/2023/03/KPS-Flyer-4-Hefte-Schriftenreihe.pdf>. Vgl.

<https://kairoseuropa.de/wp-content/uploads/2023/01/KPS-Einladung-vierteiliges-Seminar-2-S..pdf>, und <https://kairoseuropa.de/wp-content/uploads/2023/08/KPS-Flyer-Buch-4-Broschueren-FINAL.pdf>.

2. Wenn möglich, organisiert dazu **Solidaritäts- und Lernbesuche in Palästina**. Die Partnerkirchen und Kairos Palästina bieten dazu Unterstützung an.

3. Leute von der Basis der Gemeinden und Gruppen sollten **nicht lockerlassen, ihre Kirchenleitungen zu solidarischem Handeln aufzurufen**, vor allem auch dazu, öffentlich die Stimme zu erheben.

4. Vor allem aber sollten die **Kirchenleitungen dazu aufgerufen werden, bei den Regierungsstellen und in der Öffentlichkeit zu fordern**, dass Deutschland ab sofort die

Waffenlieferungen stoppt und im Übrigen alle weitere Kooperation mit dem Staat Israel davon abhängig machen, dass dieser das Völkerrecht einhält.

5. Außerdem sollten die Kirchen klar fordern, dass in Zukunft bei der **Antisemitismusbekämpfung nicht** die Arbeitsdefinition für Antisemitismus der *International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA)* zugrunde gelegt wird, die auch legitime und notwendige Kritik am Staat Israel als Antisemitismus verleumdet. Vielmehr soll die *Jerusalem Declaration* als Maßstab herangezogen werden.

6. Konkret sollten die Kirchen die **Versammlungs- und Redefreiheit verteidigen** und sich vor PalästinenserInnen und mit ihnen Solidarische stellen, wenn diese in Demonstrationen gegen den Völkermord in Gaza oder in Universitäten von Verwaltungen und Sicherheitsbehörden grundgesetzwidrig angegriffen werden.

7. Und die Kirchen sollten **mit nichtzionistischen Juden und Jüdinnen Kontakt** aufnehmen, die bisher aus dem christlich-jüdischen Dialog ausgeschlossen waren. Speziell sollten sie Gruppen und Personen von **Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost unterstützen** und mit ihnen zusammenarbeiten.

8. Schließlich sollten sie sich an einem **Konsultationsprozess** beteiligen, den KPS gerade vorbereitet, in dem es darum geht, **Judentum von Zionismus unterscheiden** zu lernen. Dazu bereiten wir eine Vortragsreise eines jüdischen Forschers zu dieser Frage in Deutschland vor: **Jakov Rabkin** aus Kanada. Er hat das weltbekannte

Buch geschrieben: *Im Namen der Thora. Die jüdische Opposition gegen den Zionismus*. Wer Interesse hat, in seiner oder ihrer Stadt einen Vortragsabend mit ihm zu organisieren, kann sich im Anschluss an diese Veranstaltung bei mir in eine Liste eintragen und wird dann informiert.

Schließlich lade ich alle Interessierten ein, sich an der Arbeit unseres KPS zu beteiligen. Auch dafür gibt es eine **Liste**.

Wir wollen insbesondere **junge Menschen** einladen sich gemeinsam zu engagieren. Eine Kollegin von mir an der Uni Heidelberg, **Anna Kirchner**, will demnächst eine Reise nach Palästina für junge Interessierte organisieren. Auch hierfür gibt es gleich bei mir eine **Liste**, in die man sich eintragen kann, um weitere Informationen darüber zu erhalten. –

Zum Schluss lasst uns laut rufen:

„Nicht in unserem Namen darf Deutschland weiter den Völkermord unterstützen“ Und: „Nicht in unserem Namen dürfen die Kirchen dazu länger schweigen“

Dr. theol. Ulrich Duchrow. a. o. Prof, für systematische Theologie und Sozialethik (Schwerpunkt Theologie-Ökonomie) an der Universität Heidelberg, Pfarrer der Ev. Landeskirche in Baden

Die Verantwortung Deutschlands

Professorin Dr. Ninon Colneric

Der Israeli Yuval Abraham erhielt auf der Berlinale 2024 gemeinsam mit dem Palästinenser Basel Adra für den Film „No Other Land“ den Berliner Dokumentarfilmpreis. In seiner Dankesrede bezeichnete er die rechtliche Ungleichbehandlung der israelischen Staatsbürger und der Palästinenser in den von Israel besetzten Gebieten als „Apartheid“. Ihm wurde deshalb von deutschen Politikern und Medien Antisemitismus vorgeworfen. Auf [X](#) berichtete Yuval Abraham, dass seine Familie daraufhin von einem rechten israelischen Mob, der nach ihm suchte, heimgesucht wurde und mitten in der Nacht fliehen musste. Er selbst habe Morddrohungen erhalten.

Zu den Antisemitismusvorwürfen schrieb Yuval Abraham: „Der entsetzliche Missbrauch dieses Wortes durch die Deutschen, nicht nur, um palästinensische Kritiker Israels zum Schweigen zu bringen, sondern auch, um Israelis wie mich zum Schweigen zu bringen, die einen Waffenstillstand unterstützen, der das Töten in Gaza beendet und die Freilassung der israelischen Geiseln ermöglicht, entleert das Wort Antisemitismus seiner Bedeutung und gefährdet damit Juden in der ganzen Welt.“

Deutsche Politiker werden nicht müde, die besondere Verantwortung Deutschlands für jüdisches Leben zu betonen. Deutschland wird dieser Verantwortung jedoch nicht gerecht, solange eine gänzlich [konturlose Definition von Antisemitismus propagiert](#) wird, die faktisch in erster Linie den Staat Israel vor Kritik an seiner brutalen Unterdrückung der Palästinenser schützt.

Nicht nur gegenüber den Juden hat Deutschland eine besondere Verantwortung, sondern auch gegenüber den Palästinensern; denn der Völkermord an den Juden hat die Einwanderung nach Palästina enorm verstärkt und die Vertreibung der Palästinenser aus ihrer Heimat intensiviert.

Als Juristin möchte ich im Folgenden jedoch nicht über diese

moralische Verantwortung sprechen, sondern über rechtliche Pflichten. Es ist die Verantwortung Deutschlands, seine Völkerrechtlichen Verpflichtungen in Bezug auf das palästinensische Volk zu respektieren. Was das konkret bedeutet, werde ich an aktuellen Beispielen erläutern. Im ersten Teil meiner Ausführungen steht Gaza im Mittelpunkt, im zweiten Teil das Westjordanland. Im letzten Teil geht es um unsere eigenen Rechte.

II.

Ich beginne mit einem Fall, der Deutschland zwar nicht unmittelbar betrifft, aber auch für Deutschland von höchster Relevanz ist: Am 29.12.2023 erhob Südafrika vor dem Internationalen Gerichtshof Klage gegen Israel. Es ging um den Vorwurf, dass Israel gegen die Völkermordkonvention verstoße. In einer [Eilentscheidung vom 26.2.2024](#) befand der Internationale Gerichtshof, dass die Palästinenser in Gaza ein plausibles Recht haben, gegen Völkermord geschützt zu werden, und dass die reale und unmittelbare Gefahr eines irreparablen Schadens für dieses Recht bestehe.

Kurz darauf leitete Nicaragua gegen Deutschland ein Verfahren vor dem Internationalen Gerichtshof ein. Nicaragua erhob den Verwurf, dass Deutschland gegen internationale Verpflichtungen, die ihm hinsichtlich des besetzten palästinensischen Gebietes obliegen, verstoßen habe. Es stützte seinen Klageantrag hauptsächlich auf die Völkermordkonvention, die IV. Genfer Konvention, die den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten betrifft, und allgemeine Prinzipien des humanitären Völkerrechts. Gleichzeitig beantragte es Eilmaßnahmen zum Schutz der Rechte, deren Verletzung es geltend machte. Soweit es dabei um Waffenlieferungen an Israel ging, trug Deutschland zu seiner Verteidigung insbesondere vor, dass solche Waffenlieferungen seit November 2023 sehr stark zurückgegangen seien. Der Internationale Gerichtshof wies den Antrag Nicaraguas auf Eilmaßnahmen am 30. April 2024 ab. Keinen Erfolg hatte aber auch der Antrag Deutschlands, das Verfahren vom Register zu streichen. Der Rechtsstreit ist also weiter beim Internationalen Gerichtshof anhängig.

Der Gerichtshof fügte dieser [Entscheidung](#) eine eindringliche Belehrung über die Sach- und Rechtslage hinzu. Er schilderte zunächst die katastrophale Situation im Gaza- Streifen. Angesichts dieser Situation erinnerte er daran, dass gemäß dem gemeinsamen Artikel 1 der Genfer Konventionen alle Vertragsstaaten verpflichtet sind, die Konventionen unter allen Umständen zu achten und ihre Achtung zu gewährleisten. Aus dieser Bestimmung folge, dass jeder Vertragsstaat dieser Konventionen unabhängig davon, ob er an einem bestimmten Konflikt beteiligt ist oder nicht, verpflichtet ist, dafür zu sorgen, dass deren Vorgaben eingehalten werden. Eine solche Verpflichtung ergebe sich nicht nur aus den Konventionen selbst, sondern auch aus den allgemeinen Grundsätzen des humanitären Rechts, denen die Konventionen lediglich eine besondere Ausprägung verleihen. In Bezug auf die Völkermordkonvention habe der Gerichtshof festgestellt, dass die Verpflichtung zur Verhinderung der Begehung des Verbrechens des Völkermords gemäß Artikel I Vertragsstaaten, die sich der ernststen Gefahr, dass Völkermord begangen werden würde, bewusst sind oder normalerweise hätten bewusst sein müssen, verpflichtet, alle ihnen vernünftigerweise zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, um den Völkermord so weit wie möglich zu verhindern. Darüber hinaus seien die Vertragsstaaten durch die Völkermordkonvention verpflichtet, keine anderen in Artikel III aufgeführten Handlungen zu begehen. Strafbar ist nach dieser Vorschrift u.a. die Teilnahme am Völkermord.

Der Internationale Gerichtshof hielt es für besonders wichtig, alle Staaten an ihre internationalen Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Weitergabe von Waffen an Parteien eines bewaffneten Konflikts zu erinnern, um das Risiko zu vermeiden, dass diese Waffen zur Verletzung der oben genannten Konventionen eingesetzt werden könnten. All diese Verpflichtungen – so der Gerichtshof - obliegen Deutschland als Vertragsstaat der besagten Übereinkommen bei der Lieferung von Waffen an Israel.

Deutschland selbst hatte zu seiner Verteidigung u.a. vorgetragen, dass es durch den [Vertrag über den Waffenhandel](#) vom 2. April

2013 gebunden sei. Die englische Bezeichnung für diesen Vertrag lautet „The Arms Trade Treaty“, weshalb sich die Abkürzung ATT für diesen Vertrag eingebürgert hat.

Art. 7 ATT schreibt eine Bewertung vor. Zu bewerten ist u.a., ob die Waffen oder die zugehörigen Güter dazu verwendet werden könnten, eine schwere Verletzung des humanitären Völkerrechts zu begehen oder zu erleichtern (Abs. 1 Buchst. b Ziff. ii). Der ausführende Vertragsstaat prüft auch, ob es Maßnahmen gibt, die zur Minderung dieses Risikos ergriffen werden könnten, z.B. vertrauensbildende Maßnahmen (Abs. 2). Stellt der ausführende Vertragsstaat nach Vornahme dieser Bewertung und Prüfung der verfügbaren Maßnahmen der Risikominderung fest, dass ein überwiegendes Risiko besteht, so darf er die Ausfuhr nicht genehmigen (Abs. 3).

Bundeskanzler Scholz hat sich – [Zeitungsberichten](#) zufolge – von der israelischen Regierung im Oktober 2024 schriftlich versichern lassen, dass die von Deutschland gelieferten Waffen nicht völkerrechtswidrig eingesetzt würden. Welchen Beweiswert würden Sie selbst einer solchen Erklärung beimessen?

Zu beachten ist aber, dass es nach Art. 7 ATT nicht auf das objektive Vorliegen eines überwiegenden Risikos ankommt, sondern auf die Einschätzung des ausführenden Vertragsstaates. Erfreulicherweise ist das deutsche Recht strikter.

Nach dem [Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen](#) ist die Genehmigung u.a. zu versagen, wenn Grund zu der Annahme besteht, dass die Erteilung der Genehmigung völkerrechtliche Verpflichtungen der Bundesrepublik verletzen oder deren Erfüllung gefährden würde (§ 6 Abs. 3 Nr. 2). Dies ist bei Waffenlieferungen an Israel, sofern sie nicht rein defensiver Natur sind, der Fall. Starke Indizien sind insofern nicht nur die Eilentscheidungen des Internationalen Gerichtshofs in dem Verfahren Südafrika gegen Israel, sondern auch die Haftbefehle, die der [Internationale Strafgerichtshof am 21.11.2024](#) gegen den israelischen Premierminister Benjamin Netanyahu und den früheren israelischen Verteidigungsminister Yoav Gallant erlassen hat. Die zuständige Vorverfahrenskammer sah

hinreichende Gründe für die Annahme, dass Netanyahu und Gallant mindestens ab dem 8. Oktober 2023 als Mittäter gemeinsam mit anderen die strafrechtliche Verantwortung für das Kriegsverbrechen des Aushungerns als Methode der Kriegsführung und die folgenden Verbrechen gegen die Menschlichkeit tragen: Mord, Verfolgung und andere unmenschliche Handlungen. Die Kammer sah auch hinreichende Gründe für die Annahme, dass Netanyahu und Gallant in zwei Fällen als zivile Vorgesetzte jeweils die strafrechtliche Verantwortung für das Kriegsverbrechen der vorsätzlichen Lenkung eines Angriffs auf die Zivilbevölkerung tragen.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang kurz auf ein Argument eingehen, das von deutschen Politikern und nicht nur von ihnen immer wieder angeführt wird: Israel habe das Recht, sich zu verteidigen.

Mit diesem Argument hatte sich der Internationale Gerichtshof bereits in seinem sog. [Mauergutachten vom 9.7.2004](#) befasst. Es ging es um die rechtlichen Konsequenzen des Baus einer Mauer auf dem besetzten palästinensischen Territorium. Der Gerichtshof gelangte zu dem Ergebnis, dass der Bau der Mauer völkerrechtswidrig sei; Israel müsse sie zurückbauen und Schadensersatz zahlen. Den Einwand Israels, dass es ein Recht auf Selbstverteidigung habe, wies der Gerichtshof mit folgender Begründung zurück (Rn. 139): Art. 51 der UN-Charta erkenne ein Recht auf Selbstverteidigung im Falle eines bewaffneten Angriffs eines Staates gegen einen anderen Staat an. Israel behaupte jedoch nicht, dass die Angriffe gegen das Land einem ausländischen Staat zuzuschreiben seien. Israel könne sich auch nicht auf Resolutionen des UN-Sicherheitsrats berufen, die im Zusammenhang mit dem Angriff auf die USA am 9.11.2001 gefasst worden waren; denn die Bedrohung komme nicht von außerhalb, sondern aus dem besetzten palästinensischen Gebiet, über das Israel die Kontrolle ausübe. Zu berücksichtigen ist auch, dass die UN-Generalversammlung in ihrer [Resolution A/RES/38/17](#) vom 22.11.1983 die Rechtmäßigkeit des Kampfes von Völkern um Unabhängigkeit,

territoriale Integrität, nationale Einheit und Befreiung von Kolonial- und Fremdherrschaft, Apartheid und fremder Besetzung mit allen verfügbaren Mitteln, einschließlich des bewaffneten Kampfes, bekräftigt hat (Ziff. 2). Sie nannte in diesem Zusammenhang ausdrücklich das palästinensische Volk (Ziff. 3). Natürlich müssen auch bei der Ausübung dieses Widerstandsrechts die Grenzen, die das humanitäre Völkerrecht setzt, beachtet werden.

Norman Paech geht in dem kürzlich erschienenen [Buch](#) „Völkermord in Gaza – Eine politische und rechtliche Analyse“, das er gemeinsam mit Helga Baumgarten verfasste, von dem Recht auf Widerstand aus. Terrorakte seien strafbar. Sie würden das Recht auf Widerstand aber nicht aufheben, es sei denn der Terror bestimme den Widerstand in unverhältnismäßiger Weise (S. 180). Wegen der hohen Zahl der zivilen Opfer am 7. Oktober 2023 gesteht Paech Israel für die Anfangsphase des derzeitigen Gazakrieges ein Selbstverteidigungsrecht zu (S. 184). Es sei jedoch spätestens durch die [Resolution des Sicherheitsrates vom 25.3.2024](#) erloschen; denn nach Art. 51 der UN-Charta besteht ein Selbstverteidigungsrecht nur, bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderliche Maßnahmen getroffen hat (S. 184). Es habe jedoch schon vorher gravierende Entwicklungen des Krieges gegeben, die weit über die Selbstverteidigung hinausgehen (S.184). In der von Paech angeführten Resolution heißt es:

„Der Sicherheitsrat (...)

1. verlangt eine sofortige Waffenruhe für den Fastenmonat Ramadan, die von allen Parteien eingehalten wird und zu einer andauernden tragfähigen Waffenruhe führt, und verlangt außerdem die sofortige und bedingungslose Freilassung aller Geiseln sowie die Gewährleistung des humanitären Zugangs, damit ihre medizinischen und sonstigen humanitären Bedürfnisse erfüllt werden können, und verlangt ferner, dass die
2. Parteien ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht im Hinblick auf alle von ihnen inhaftierten Personen nachkommen;

3. unterstreicht die dringende Notwendigkeit, den Fluss der humanitären Hilfe für die Zivilbevölkerung im gesamten Gazastreifen auszuweiten und deren Schutz zu verstärken, und verlangt erneut die Aufhebung aller Hindernisse für die Bereitstellung humanitärer Hilfe in großem Umfang, im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht sowie den Resolutionen 2712 (2023) und 2720 (2023); (...)“

Am 5.4.2024 forderte der [UN-Menschenrechtsrat](#) ein Waffenembargo gegen Israel, um weitere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte zu verhindern. Wann zieht Deutschland endlich diese Konsequenz?

Zu den völkerrechtlichen Verpflichtungen, die Deutschland zu beachten hat, gehören auch die Verpflichtungen aus dem [Römischen Statut](#), durch das der Internationale Strafgerichtshof errichtet worden ist. Deutschland zählt zu den Vertragsstaaten dieses Statuts.

Hinsichtlich der Vollstreckung von Haftbefehlen ist der Internationale Strafgerichtshof auf die Kooperation der Vertragsstaaten angewiesen. Die Kooperationspflicht der Vertragsstaaten entfällt nicht, wenn es sich um hochrangige Regierungsvertreter handelt. Die persönliche Immunität, die diese grundsätzlich genießen, hindert nämlich ihre Strafverfolgung durch den Internationalen Strafgerichtshof nicht. Diese Rechtsauffassung vertritt nicht nur der [Internationale Strafgerichtshof](#), sondern auch der [Internationale Gerichtshof](#) und damit das höchste Rechtsprechungsorgan der UNO.

Die Vertragsstaaten des Römischen Statuts müssen sofort Maßnahmen zur Festnahme von Netanyahu und Gallant ergreifen, wenn der Internationale Strafgerichtshof sie auf der Basis der Haftbefehle darum ersucht.

Erstaunlicherweise hat der künftige Kanzler der Bundesrepublik Deutschland Friedrich Merz [erklärt](#), er habe Netanyahu zugesagt, „dass wir Mittel und Wege finden werden, dass er Deutschland

besuchen kann und auch wieder verlassen kann, ohne dass er festgenommen worden ist“. Macht Merz diese Ankündigung wahr, auch wenn ein Ersuchen des Internationalen Gerichtshofs vorliegt, werden die Konsequenzen dieselben sein wie im Falle der Nicht-Festnahme Putins durch die Mongolei: Feststellung des Internationalen Strafgerichtshofs, dass Deutschland seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen nach dem Römischen Statut nicht nachgekommen ist und Verweisung der Angelegenheit an die Versammlung der 125 Vertragsstaaten.

III.

Während bei meinen bisherigen Ausführungen Gaza im Fokus stand, geht es im Folgenden in erster Linie, wenn auch nicht ausschließlich, um das Westjordanland.

Am 19.7.2024 erstattete der Internationale Gerichtshof auf Antrag der UNO- Generalversammlung ein Gutachten zu den rechtlichen Konsequenzen, die sich aus den Politiken und dem Verhalten Israels im besetzten palästinensischen Gebiet einschließlich Jerusalem ergeben. In zeitlicher Hinsicht beschränkte sich der Gerichtshof darauf, das Verhalten Israels bis zu seiner Reaktion auf den Angriff der Hamas und anderer bewaffneter Gruppen am 7.10.2023 zu untersuchen (Rn. 81). Ausführlich begründete der Gerichtshof, warum auch Gaza besetztes palästinensisches Gebiet ist (Rn. 88 f.) Zentrale Pfeiler des Gutachtens sind das Verbot der gewaltsamen Aneignung von Gebieten und das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes. Die von einigen Beteiligten angeführten Oslo-Abkommen würden Israel nicht erlauben, Teile des besetzten palästinensischen Gebietes zu annektieren, um seinen Sicherheitsbedürfnissen nachzukommen. Sie würden Israel auch nicht ermächtigen, eine ständige Präsenz im besetzten palästinensischen Gebiet für solche Sicherheitsbedürfnisse aufrechtzuerhalten (Rn. 263).

Ein großer Teil des Gutachtens ist der Analyse bestimmter Verhaltensweisen Israels im besetzten palästinensischen Gebiet gewidmet, die der Internationale Gerichtshof jeweils als völkerrechtswidrig einstuft. Unter der Überschrift

„Siedlungspolitik“ (Rn. 111 ff.) behandelt er die Themen: Transfer der eigenen Zivilbevölkerung, Konfiszierung oder Beschlagnahmung von Land, Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, Ausweitung des Anwendungsbereichs israelischen Rechts, Zwangsumsiedlung der palästinensischen Bevölkerung und Gewalt gegen Palästinenser. Der Gerichtshof stellt insoweit diverse Verstöße gegen das Haager Abkommen betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkriegs und die IV. Genfer Konvention fest. Er kommt zu dem Ergebnis, dass die Politiken und Praktiken Israels einer Annexion großer Teile des besetzten palästinensischen Gebiets gleichkommen (Rn. 173). Ein eigenes Kapitel behandelt die Frage diskriminierender Rechtsvorschriften und Maßnahmen im besetzten palästinensischen Gebiet (Rn. 180 ff.). Hier geht es um die Politik der Aufenthaltsgenehmigung, Einschränkungen der Freizügigkeit und den Abriss von Immobilien, sei es als Strafmaßnahme oder wegen fehlender Baugenehmigung. Der Gerichtshof konstatierte, dass das Regime umfassender Beschränkungen, das Israel den Palästinensern im besetzten palästinensischen Gebiet auferlegt, eine systematische Diskriminierung unter anderem aus Gründen der Ethnie, der Religion oder der ethnischen Herkunft darstellt, die gegen Artikel 2 Absatz 1 und 26 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte, Artikel 2 Absatz 2 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und Artikel 2 des Internationalen zur Beseitigung jeder Form von rassistischer Diskriminierung verstößt (Rn. 223). Der Gerichtshof prüfte auch, ob ein Verstoß gegen Art. 3 des letztgenannten Übereinkommens vorliegt. Diese Vorschrift lautet:

„Die Vertragsstaaten verurteilen insbesondere die Segregation und die Apartheid und verpflichten sich, alle derartigen Praktiken in ihren Hoheitsgebieten zu verhindern, zu verbieten und auszumerzen.“

Hierzu stellte der Internationale Gerichtshof fest, dass die israelischen Rechtsvorschriften und Maßnahmen im Westjordanland und in Ostjerusalem eine nahezu vollständige

Trennung zwischen der Bevölkerungsgruppe der Siedler und der der Palästinenser bewirken und dazu dienen, diese aufrechtzuerhalten. Aus diesem Grund war er der Ansicht, dass auch ein Verstoß gegen Art. 3 des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von rassistischer Diskriminierung vorliegt, wobei er offenließ, welche der beiden Varianten – Segregation oder Apartheid – erfüllt ist.

Der Internationale Gerichtshof kam bezüglich des Staates Israel und der Drittstaaten (also der Staaten außer Israel) zu folgenden Ergebnissen (Rn. 285):

- Die fortgesetzte Anwesenheit des Staates Israel im besetzten palästinensischen Gebiet ist rechtswidrig.
- Der Staat Israel ist verpflichtet, seine rechtswidrige Anwesenheit im besetzten palästinensischen Gebiet so schnell wie möglich zu beenden.
- Der Staat Israel ist verpflichtet, alle neuen Siedlungsaktivitäten unverzüglich einzustellen und alle Siedler aus dem besetzten palästinensischen Gebiet zu evakuieren.
- Der Staat Israel ist verpflichtet, den Schaden zu ersetzen, der allen betroffenen natürlichen oder juristischen Personen im besetzten palästinensischen Gebiet entstanden ist.
- Alle Staaten sind verpflichtet, die Situation, die sich aus der rechtswidrigen Anwesenheit des Staates Israel im besetzten palästinensischen Gebiet ergibt, nicht als rechtmäßig anzuerkennen und keine Hilfe oder Unterstützung zur Aufrechterhaltung der Situation zu leisten, die durch die fortgesetzte Anwesenheit des Staates Israel im besetzten palästinensischen Gebiet entstanden ist.

In zwei Randziffern seines Gutachtens (Rn. 278 f.) führte der Internationale Gerichtshof genauer aus, welche Verpflichtungen den Drittstaaten obliegen. Der Gerichtshof erklärte insbesondere, dass die UNO-Mitgliedstaaten verpflichtet sind, in ihren Beziehungen zu Israel zwischen dem Gebiet des Staates Israel und dem seit 1967 besetzten palästinensischen Gebiet zu *unterscheiden*. Die Pflicht umfasse u.a. die Verpflichtung

- in allen Fällen, in denen Israel vorgibt, im Namen des

- besetzten palästinensischen Gebiets oder eines Teils davon in
- Angelegenheiten, die das besetzte palästinensische Gebiet oder einen Teil seines Gebiets betreffen, zu handeln, auf vertragliche Beziehungen mit Israel zu verzichten;
- darauf zu verzichten, mit Israel Wirtschafts- oder Handelsbeziehungen in Bezug auf das besetzte palästinensische Gebiet oder Teile davon einzugehen, die seine rechtswidrige Präsenz in dem Gebiet festigen könnten;
- bei der Einrichtung und Aufrechterhaltung diplomatischer Missionen in Israel jegliche Anerkennung seiner illegalen Präsenz im besetzten palästinensischen Gebiet zu unterlassen
- und Schritte zu unternehmen, um Handels- oder Investitionsbeziehungen zu verhindern, die zur Aufrechterhaltung der illegalen Situation, die Israel im besetzten palästinensischen Gebiet geschaffen hat, beitragen.

Die UNO-Generalversammlung begrüßte das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs in einer [Resolution vom 13.9.2024](#). Sie forderte in dieser Resolution insbesondere, dass Israel seine unrechtmäßige Anwesenheit in den besetzten Gebieten binnen 12 Monaten beendet. An die Staaten richtete sie u.a. diese Aufforderung (Ziff. 5): „(a) Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass ihre Staatsangehörigen und Unternehmen und Einrichtungen, die ihrer Gerichtsbarkeit unterliegen, sowie ihre Behörden nicht in einer Weise handeln, die eine Anerkennung, Hilfe oder Unterstützung bei der Aufrechterhaltung der durch die illegale Anwesenheit Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten geschaffenen Situation mit sich bringen würde;

(b) Maßnahmen zu ergreifen, um die Einfuhr von Produkten mit Ursprung in den israelischen Siedlungen sowie die Lieferung oder den Transfer von Waffen, Munition und damit

verbundener Ausrüstung an die Besatzungsmacht Israel in allen Fällen, in denen der begründete Verdacht besteht, dass sie in den besetzten palästinensischen Gebieten verwendet werden könnten, einzustellen (Hervorh. d. Verf.);

- (c) Sanktionen, einschließlich Reiseverbote und Einfrieren von Vermögenswerten, gegen natürliche und juristische Personen zu verhängen, die an der Aufrechterhaltung der unrechtmäßigen Präsenz Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten beteiligt sind, auch im Zusammenhang mit der Gewalt von Siedlern;
- (d) die Bemühungen um Rechenschaftspflicht für alle Opfer zu unterstützen;“

IV.

Völkerrechtliche Verpflichtungen, die Deutschland im Zusammenhang mit dem palästinensischen Volk zu beachten hat, ergeben sich auch aus dem [Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte](#). Dieser Pakt verbürgt u.a. die Meinungsfreiheit, die Versammlungsfreiheit und die Vereinigungsfreiheit. Aus Zeitgründen werde ich auf die Rechte aus diesem Pakt nur unter einem Aspekt eingehen, nämlich dem Umgang mit der

-Bewegung in Deutschland. BDS ist die Abkürzung für Boycott, Divestment, Sanctions – auf Deutsch Boykott, Desinvestition, Sanktionen. Es handelt sich um eine von Palästinensern initiierte internationale Kampagne. Sie wurde am 9. Juli 2005 durch einen Aufruf palästinensischer Nichtregierungsorganisationen ins Leben gerufen, ein Jahr nach dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs, in dem festgestellt wurde, dass „der Bau der Mauer, die von der Besatzungsmacht Israel im besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich in und um Ost-Jerusalem, errichtet wird, und das damit verbundene Regime gegen das Völkerrecht verstoßen“.

Der „[Aufruf zu Boykott, Desinvestition und Sanktionen](#) gegen Israel, bis es das Völkerrecht und die universellen Prinzipien der Menschenrechte einhält“ endet mit diesen Worten:

„... Inspiriert durch den Kampf der Südafrikaner gegen die Apartheid und im Geiste der internationalen Solidarität, der moralischen Folgerichtigkeit und des Widerstands gegen Ungerechtigkeit und Unterdrückung; rufen wir, die Vertreter der palästinensischen Zivilgesellschaft, die internationalen

Organisationen der Zivilgesellschaft und die Menschen mit Gewissen in der ganzen Welt dazu auf, einen umfassenden Boykott gegen Israel zu verhängen und Desinvestitions-initiativen durchzuführen, ähnlich denen, die in der Zeit der Apartheid auf Südafrika angewendet wurden. Wir appellieren an Sie, Druck auf Ihre jeweiligen Staaten auszuüben, um Embargos und Sanktionen gegen Israel zu verhängen. Wir fordern auch verantwortungsbewusste Israelis auf, diesen Aufruf um der Gerechtigkeit und eines echten Friedens willen zu unterstützen.

Diese gewaltfreien Strafmaßnahmen sollten so lange aufrechterhalten werden, bis Israel seiner Verpflichtung nachkommt, das unveräußerliche Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung anzuerkennen und die Gebote des Völkerrechts vollständig zu erfüllen, indem es

1. die Besetzung und Kolonisierung aller arabischen Gebiete beendet und die Mauer abbaut;
2. das Grundrecht der arabisch-palästinensischen Bürger Israels auf volle Gleichberechtigung anerkennt und
3. das Recht der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr in ihre Häuser und zu ihrem Besitz, wie in der UN-Resolution 194 festgelegt, respektiert, schützt und fördert.“

Aus dem Titel und den einleitenden Worten dieses Aufrufs geht klar hervor, dass BDS nicht auf die Beseitigung Israels abzielt, sondern auf die Einhaltung des Völkerrechts durch Israel. Was der Ausdruck „alle arabischen Länder“ bedeutet, ergibt sich aus einer Erklärung des Gründungsmitgliedes der BDS-Bewegung Omar Barghouti in seinem

Buch „BDS: Boycott, Divestment, Sanctions - The Global Struggle for Palestinian Rights“ (2011):

„BDS fordert die Beendigung der militärischen Besetzung des Gazastreifens, des Westjordanlandes (einschließlich Ost-Jerusalem) und anderer arabischer Gebiete im Libanon und in Syrien durch Israel im Jahr 1967.“ (S. 49) BDS liegt nicht auf der gleichen Linie wie der vom Naziregime organisierte Boykott „Kauft nicht bei Juden“. Die Nazis verletzen die Menschenrechte der jüdischen Bevölkerung. BDS richtet sich gegen eine Regierungspolitik, die Menschenrechte verletzt.

Der Deutsche Bundestag stuft die BDS-Bewegung als antisemitisch ein und bekämpft sie mit immer drastischeren Resolutionen. Am 17.5.2019 verabschiedete er die [Resolution „Der BDS-Bewegung entschlossen entgegenzutreten - Antisemitismus bekämpfen“](#).

Darin wurden Regierungsstellen sowie deutsche Länder, Städte und Gemeinden und andere öffentliche Akteure aufgefordert, Projekte oder Veranstaltungen, die von der BDS-Bewegung oder von Gruppen, die deren Ziele verfolgen, organisiert werden, finanzielle Unterstützung, Räumlichkeiten oder Einrichtungen zu verweigern. Am 7. November 2024 bekräftigte der Deutsche Bundestag diesen Beschluss in seiner [Resolution „Nie wieder ist jetzt - Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken“](#). Er forderte die Bundesregierung auf, ihre Aktivitäten gegen die BDS-Bewegung zu verstärken. Dazu gehöre auch die Prüfung eines Tätigkeits- oder Organisationsverbots der BDS-Bewegung in Deutschland. Der nächste Schritt war die [Bundestagsresolution „Antisemitismus und Israelfeindlichkeit an Schulen und Hochschulen entschlossen entgegenzutreten sowie den freien Diskursraum sichern“](#) vom 29.1.2025. Es hieß darin zu BDS und ähnlichen Bewegungen, dass ihre Unterstützerinnen und Unterstützer in deutschen Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen keinen Platz haben dürfen. Hinzu kommt, dass der [Verfassungsschutzbericht 2023](#) des Bundesministeriums des Inneren und für Heimat BDS als „extremistischen Verdachtsfall“ einstufte (S. 286 f.). Das bedeutet, dass BDS vom Bundesamt für

Verfassungsschutz beobachtet wird.

Schon der BDS-Beschluss des Jahres 2019 führte dazu, dass sich fünf vom Menschenrechtsrat der UNO beauftragte Sonderberichterstatter an den damaligen Bundesaußenminister Heiko Maas wandten und die Unvereinbarkeit dieses Beschlusses mit den Rechten, die durch den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte garantiert werden, [beanstandeten](#). Es hieß in diesem Schreiben: „Boykotte werden seit langem als eine legitime Form der politischen Meinungsäußerung im Rahmen der internationalen

Menschenrechtsnormen verstanden.“ Am 18. September 2024 appellierten 39 Experten der UNO an die Staaten, das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom Juli 2024 zu befolgen. Sie [forderten](#) u.a., „Gesetze und Richtlinien aufzuheben, die das Eintreten für das palästinensische Recht auf Selbstbestimmung und den gewaltlosen Widerstand gegen die israelische Besatzung und Apartheid, einschließlich der Unterstützung der Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung (BDS), kriminalisieren und bestrafen.“

V.

Lassen Sie mich mit einem weiteren Zitat aus diesem Appell schließen: „Angesichts der unverantwortlichen Untätigkeit der meisten Regierungen liegt es nun an zivilgesellschaftlichen Organisationen und nationalen Menschenrechtsinstitutionen, aktiv zu werden und ihre Staaten zur Einhaltung des wegweisenden Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs aufzufordern.“

Ninon Colneric ist eine deutsche Rechtswissenschaftlerin und ehemalige Richterin am Europäischen Gerichtshof in Luxemburg. Sie war dort die erste deutsche Richterin.

Ein globaler Aufruf zur Bekräftigung und Wahrung der Rechte der Palästinenser und der Herrschaft des Völkerrechts 2025

Wir sind jetzt Nachbarn – alle Menschen auf der ganzen Welt – und leben in einer Zeit globaler Unruhen, geprägt von Umweltzerstörung, sich verschärfenden ökologischen Katastrophen, wachsender Ungleichheit zwischen Arm und Reich, übermäßigem Einfluss von Unternehmen, zunehmendem Autoritarismus und endlosen Kriegen.

Wir sind eine Bewegung von Glaubensgemeinschaften, Studierenden, Akademikern, gemeinnützigen Organisationen, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Gewerkschaftsmitgliedern, Geschäftsleuten und anderen Menschen mit Gewissen und gutem Willen. Wir protestieren gegen die wachsende Gleichgültigkeit und das Schweigen angesichts der systematischen Verstöße gegen das Völkerrecht durch Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen.

Wir machen auf den Rückzug aus dem nach dem Zweiten Weltkrieg sorgfältig aufgebauten Rahmen der internationalen Ordnung aufmerksam: Menschenrechts-konventionen und Institutionen wie die Vereinten Nationen, der Internationale Gerichtshof und der Internationale Strafgerichtshof, und verpflichten uns, für deren **Wirksamkeit, Integrität, Unabhängigkeit und Autorität einzutreten**.

Wir sind entsetzt über die Gesetze, die Politik und die Praktiken des Staates Israel, die das Leiden des palästinensischen Volkes durch die fortgesetzte Besatzung und Apartheid verschärfen und nun zu ethnischen Säuberungen und Völkermord führen.

Wir rufen daher die Staats- und Regierungschefs weltweit auf, Folgendes anzuerkennen und darauf zu bestehen:

1. Das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung, das in unzähligen Resolutionen der Generalversammlung und des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen anerkannt und vom Internationalen Gerichtshof in seinem [Gutachten](#) vom 19. Juli 2024 zu den „Rechtlichen Folgen der Politik und der Praktiken Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich Ostjerusalem“ (Absätze 230-243) bekräftigt wurde.
2. Das Recht der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr, anerkannt in der [Resolution 194 der Generalversammlung](#).

3. Das Recht des palästinensischen Volkes, nicht Opfer von Völkermord und ethnischer Säuberung zu werden, anerkannt in [der Konvention von 1948 über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes](#) und [dem Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs](#).
4. Das Recht des palästinensischen Volkes, keinen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ausgesetzt zu sein, das im Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs bekräftigt wurde.
5. Das Recht des palästinensischen Volkes auf Leben, Freiheit und Würde und auf die Wahrnehmung der Rechte, die in [dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und dem Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966](#)
6. Das Recht des palästinensischen Volkes, keiner Rassendiskriminierung und Apartheid ausgesetzt zu sein, wie dies in [Artikel 3 des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung von 1966](#) verboten und kürzlich vom Internationalen Gerichtshof in seinem „Gutachten vom 19. Juli 2024 zu den rechtlichen Folgen der Politik und der Praktiken Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich Ostjerusalem“ bekräftigt wurde.
7. Das Recht des palästinensischen Volkes, keiner Landenteignung, Zwangsumsiedlung, zunehmender Kolonisierung und israelischen Siedlungen ausgesetzt zu sein, das vom Internationalen Gerichtshof in seinem Gutachten vom 19. Juli 2024 zu den „rechtlichen Folgen der Politik und der Praktiken Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich Ostjerusalem“ (Absätze 156-157, 285) bekräftigt wurde.
8. Das Recht des palästinensischen Volkes, keiner rechtswidrigen Besetzung durch Israel ausgesetzt zu sein, das kürzlich vom Internationalen Gerichtshof in seinem „Gutachten vom 19. Juli 2024 zu den rechtlichen Folgen der Politik und der Praktiken Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten, einschließlich Ostjerusalem“ erklärt wurde.

Zu diesem Zweck bekennen wir uns zu gewaltfreien Maßnahmen als Mittel zur Erreichung eines gerechten und dauerhaften Friedens für alle Menschen im Nahen Osten.

<https://www.change.org/p/a-global-call-to-affirm-and-uphold-palestinian-rights-and-the-rule-of-international-law>



